

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Verfammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Die Lohnbewegung in Südwestdeutschland.

Gr. Wenn irgendwo eine neue Arbeitgeberorganisation gegründet wird, fühlen sich die Arbeitgeber mit nem Male riesenstark und glauben, nun die berechtigten Wünsche der Arbeiter nicht mehr berücksichtigen zu müssen. In der Regel leistet man sich sogar noch alle möglichen Roborationen der Arbeiter und versucht, die vorhandenen ohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Diese Erfahrung hat der Deutsche Holzarbeiterverband in fast allen Fällen machen müssen, und es bedurfte mitunter energischer Anstrengungen, um den Blick der Arbeitgeber wieder auf den wirklichen Stand der Dinge zurückzuführen. Besonders schwierig ist dieses, wenn an der Spitze der Leitung der neuen Arbeitgeberorganisation sich Leute befinden, die von den Dingen im Holzgewerbe herzlich wenig verstehen und meinen, daß alles in der Industrie über einen Leisten geschlagen werden kann; die glauben, daß die gut organisierten Holzarbeiter sich genau so behandeln lassen wie die nichtorganisierten Arbeiter eines anderen Berufs. Es gehört unendlich viel Langmut und Klatschblütigkeit der Leitenden Personen und unserer Kollegen dazu, um es bei solchen Gelegenheiten nicht immer gleich zum offenen Konflikt kommen zu lassen. Wenn aber noch dazu kommt, daß unter den Arbeitgebern eine Reihe vollendeter Querköpfe vorhanden ist, die es systematisch zur Katastrophe treiben, dann gehört eine außerordentlich gut disziplinierte Masse von Arbeitern dazu, auch hierbei noch die Ruhe zu bewahren. Das war die Situation, unter der unsere Kollegen in einer größeren Anzahl Städte in Südwestdeutschland während des letzten Jahres zu arbeiten hatten.

Unter Leitung des „Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für Mannheim-Ludwigshafen“ und dessen Sekretärs, Herrn Dr. Keiner, wurden im Vorjahre zunächst die Arbeitgeber vor genannten Orte zu einem „Südwestdeutschen Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe“ zusammengezwungen.

In einem Zirkular versichert Herr Dr. Keiner den Arbeitgebern der anderen Orte, daß „wir bereits über einen Mitgliederbestand von über 100 Firmen verfügen, die sich aus den verschiedensten Städten (Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Weinheim, Karlsruhe, Pforzheim, Doss, Rastatt und Freiburg) rekrutieren“. Der Verband hatte sich am 16. Januar 1908 konstituiert. Herr Keiner sagt dann weiter in dem Zirkular: „Unser Bestreben geht nun darauf hinaus, für ganz Südwestdeutschland im Einvernehmen mit einer Reihe weiterer Bezirke unseres Zentralverbandes, in denen ebenfalls die Tarife ablaufen, unter Leitung des Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe als eine Organisation dem Holzarbeiterverband einseitig günstige Bedingungen und einen gleichen Ablaufstermin mit den bereits in Deutschland bestehenden Tarifverträgen abzurufen.“

Am Jahresluß hatte der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband Mitglieder in: Achern 1, Freiburg 3, Heidelberg 6, Karlsruhe 5, Ludwigshafen 14, Mannheim 32, Pforzheim 8, Rastatt 1, Worms 1 und Hornberg 1. Herr Dr. Keiner brante nun darauf, dem Holzarbeiterverband einen schweren Kampf zu liefern. Aber nicht allein Südwestdeutschland sollte unter seiner Leitung zum Angriff vorgehen, sondern alle Städte Deutschlands, wo die Verträge abgelaufen waren, und die ohne Vertrag arbeiteten, sollten in den Kampf einbezogen werden.

Am 5. Dezember 1908 wurde dem Südwestdeutschen Arbeitgeberverband vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes eine Liste derjenigen Städte zur Verfügung gestellt, „deren Verträge im Jahre 1909 ablaufen, sowie derjenigen, welche nicht unter Vertrag arbeiten“. An den Südwestdeutschen Arbeitgeberverband wurde dabei vom Schutzverbandsvorstand das „höfliche Ersuchen gerichtet, der verehrliche dortige Bezirksvorstand möge in gemeinschaftlicher Beratung dazu Stellung nehmen und uns spätestens Montag, den 14. d. M., mitteilen, ob es dortseits für ratsam befunden wird, Behufs gemeinsamen Vorgehens, in den nächsten Tagen eine Aussprache aller Beteiligten Verbände herbeizuführen.“ Es wird dann hinzugefügt: „Auf eine Aktion der Verbände, welche ohne Vertrag arbeiten,

dürfte nicht zu rechnen sein...“ und „Wir halten es für unsere Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß von den genannten Städten Braunschweig, Greiz und Stettin ohne weiteres ausscheiden dürfen, da dortselbst die Verträge zum 1. Januar 1909 nicht gekündigt wurden, infolgedessen bis 1910 weiterlaufen. Ferner, daß Bielefeld, Mainz, Heidelberg und Plauen mit unbestimmtem Ablauf figurieren, dadurch scheiden bei eventuell gemeinsamer Aktion, unbeschien der verschiedenen Ablaufstermine, allein rund 3700 Arbeiter aus. Wir bitten deshalb alle Chancen zu erwägen und uns dann Nachricht zugehen zu lassen.“

In einem Schreiben des Herrn Keiner vom 22. Dezember 1908 wird darauf verwiesen, daß „von den Nachbarstädten die Städte Worms, Höchst, Frankfurt, Kaiserslautern und Neu-Isenburg Neuausschlüsse von Tarifverträgen zur Verhandlung stehen“.

Wenn Herr Dr. Keiner die Bewegungen im Holzgewerbe auch nur während der letzten fünf Jahre verfolgt haben würde, wäre er von seinen hochfliegenden Plänen sehr bald abgekommen. Aber er machte sich von den Schwierigkeiten einer solchen Bewegung im Holzgewerbe keine Vorstellung und steuerte mit Absicht und mit vollen Segeln der Bewegung entgegen. Er glaubte, daß sein energisches Auftreten allein schon bewirken würde, daß die Arbeiter zusammenklappen. Ein Beweis, wie wenig der Herr unsere Kollegen und unsere Organisation kennt. Die Kampagne wurde vom Südwestdeutschen Arbeitgeberverband damit eingeleitet, daß die Verträge in Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Heidelberg und Pforzheim gekündigt wurden. Der Pforzheimer Vertrag hatte nun folgenden Schluppsatz: „Nach erfolgter Kündigung hat der kündigende Teil das Einigungsamt anzurufen.“

In bezug hierauf schrieb der Arbeitgeberverband in seinem Kündigungsschreiben: „Den vertraglichen Verpflichtungen gemäß haben wir das Einigungsamt Pforzheim angerufen, bemerken jedoch schon jetzt, daß wir uns den Entscheidungen des Einigungsamtes nicht unterwerfen werden.“

In allen Kündigungsschreiben wurde ferner gesagt: „Wir werden Ihnen bald einen neuen Tarifvertrag vorlegen, dessen Ablauf der 11. Dezember 1911.“

Der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband überreichte dann auch schon am 30. Januar 1909 einen „Normaltarifvertrag“, der für alle Städte Geltung erhalten sollte. In einigen Punkten lehnte sich derselbe an die bisher bestehenden Verträge an, doch waren Verbesserungen in keinem Falle, dagegen sehr viele Verschlechterungen darin enthalten.

Der „Normaltarifvertrag“ wurde bereits in Nr. 10 der „Holzarbeiterzeitung“ einer Besprechung unterzogen, so daß sich ein Eingehen auf denselben an dieser Stelle erübrigt. Nur wollen wir durch ein Beispiel beweisen, wie weit das „Verständnis“ der Personen, welche den Vertrag ausgearbeitet haben, bezüglich der auszuführenden Arbeiter geht. So besagt u. a. der § 3, Absatz 2 des „Normalvertrages“:

„Für Arbeiten im Bau in einer Höhe von mehr als 10 Meter erhält der Arbeiter einen Zuschlag von ... Pf. pro Stunde.“

Wahrscheinlich hat Herr Keiner irgendeinen Vertrag der Bauarbeiter erwirkt, und zwar den Paragraphen, welcher die Akkordsätze für das Steintragen regelt, und meinte nun, daß dieser Passus auch für Tischler Verwendung finden müsse. So geht es aber, wenn man Leute, die vom Gewerbe absolut nichts verstehen, mit der Ausarbeitung von Verträgen betraut.

Bei den Arbeitgebern und insbesondere beim Südwestdeutschen Arbeitgeberverband bestand, wie oben nachgewiesen, die ausgesprochene Absicht, für sich „günstige Tarifverträge dem Holzarbeiterverband abzurufen“. Damit war ausgesprochen, daß man den Arbeitern Verschlechterungen zumutete. Wenn man dieses nicht wollte, hätte man die vorhandenen Verträge nicht gekündigt. Außerdem wurde bei den Verhandlungen über den Normaltarif immer wieder betont, daß man gar nicht daran denke, Lohnerhöhungen zu gewähren, die Arbeiter sollten froh sein, wenn ihnen bis zum Jahre 1911 — solange sollte bekanntlich der Vertrag laufen — keine Lohnkürzungen zugemutet würden. In Wirklichkeit ver-

suchte man auch dieses, indem man die Montagegelber, die Abschlagszahlungen bei Akkordarbeit herabsetzte und die einseitige Festsetzung des Akkordpreises durch den Arbeitgeber vertraglich festlegen wollte.

Wenn man die Dinge unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, hat der opferreiche Kampf unseren Kollegen einen schönen Erfolg gebracht. Die ungünstigen Bestimmungen des „Normalvertrages“ sind samt und sonders beseitigt. In allen Orten sind nennenswerte Lohnerhöhungen zustanden und als Ablaufstermin der Verträge wurde der von den Arbeitern verlangte 17. Februar 1912 zugestanden. Die Enttäuschung über den Ausgang des Kampfes ist im Arbeitgeberlager recht groß, und hat es der Leitung des „Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes“ große Mühe gekostet, die Zustimmung ihrer Mitglieder zum Abschluß der Verträge zu erhalten. Wie immer waren es auch hier die Kleinmeister, die nichts zu verlieren haben, welche den meisten Spektakel machten. Das veranlaßte einen Führer des Arbeitgeberverbandes zu dem Ausruf: „Die Geister, welche wir riefen, haben wir nun auf dem Halse, diese machen uns jetzt das Leben sauer.“ Der Arbeitgeberverband mußte aber abschließen, wenn nicht seine ganze Organisation in die Brüche gehen sollte.

Möge ihm der Ausgang des Kampfes zur Warnung dienen, möge er daraus lernen, daß sich die Holzarbeiter, auf eine gute Organisation stützend, nicht unterliegen lassen, sondern für sich das Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter allen Umständen verlangen. Wenn der „Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe“ dieses berücksichtigt und danach handelt, werden ihm weitere Enttäuschungen erspart bleiben.

Für unsere Kollegen aber heißt es wieder: „Energisch an den weiteren Ausbau der Organisation!“

## 25 Jahre Arbeiterversicherung in Deutschland.

Ein Vierteljahrhundert ist verflossen, seitdem die deutsche Arbeiterversicherung ins Leben trat. Eine lange Spanne Zeit, in der sich manches entwickelt und verändert hat. Für die Arbeiter ist inzwischen die Arbeiterversicherung von weittragender Bedeutung geworden und für die Entwicklung und Gestaltung ihrer sozialen Verhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben. Die Hoffnungen freilich, welche die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 damit zu erwecken suchte, daß sie die Arbeiterversicherung als „Einleitung zur „Heilung sozialer Schäden“ verkündete, sind unerfüllt geblieben, denn diese sozialen Schäden bestehen aller „Sozialreform“ ungeachtet weiter. Auch in anderer Beziehung blieben Enttäuschungen nicht aus, wie man der Entrüstung entnehmen kann, die sich von bürgerlicher Seite gelegentlich darüber äußert, daß sich die Arbeiter für die ihnen auf Grund der Versicherungsgesetze gewährten „Wohltaten“ so wenig dankbar erweisen.

Diese Entrüstung ist durchaus verfehlt, denn die Arbeiter haben zur Dankbarkeit gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht die geringste Ursache. Der Regierung wie den bürgerlichen Parteien lag es bei Schaffung der Arbeiterversicherung vollständig fern, den Arbeitern eine Wohltat zu erweisen. Bestimmend war für sie vielmehr die infolge der wirtschaftlichen Entwicklung vorhandene Notwendigkeit einer anderen Regelung des Unterstützungs- und Fürsorgewesens für fränke und invalide Arbeiter und damit die Entlastung der Gemeinden. Nicht mit Unrecht hat man deshalb die Arbeiterversicherung nur als eine andere Form der Armenfürsorge bezeichnet, die sich von der seither üblichen nur dadurch unterscheidet, daß die Arbeiter die Unterstützungsbeträge selbst aufzubringen haben. Das wurde übrigens von der Regierung selbst zugegeben, denn in der Begründung zum Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes heißt es:

„In Wirklichkeit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der besitzlosen Klassen ergriffen werden können, nur um eine würdige Ausgestaltung der staatlichen Armenpflege und um eine Weiterentwicklung der dieser bereits zugrunde liegenden Idee.“

Die damaligen Verhältnisse ließen eine solche Regelung als unabwendbar erscheinen. Im Deutschen Reich bereitete sich der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat vor. Durch das Fallen der Junktschranken, der Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit

im Jahre 1867 waren alle bis dahin bestehenden Kenntnisse für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hinweggeräumt. Industrie und Handel blühten mächtig empor. Der über Deutschland mit dem Friedensschluss von 1871 hereinbrechende Milliardensegen beförderte diese Entwicklung ungemein. Ein nie gekannter wirtschaftlicher Aufschwung trat ein, der auch durch den bald folgenden Crash und die sich daran anschließende Krise nicht lange zurückgedrängt werden konnte. Die sich bildenden Industriezentren zogen große Massen Arbeiter heran, die bis dahin im Kleingewerbe oder in der Landwirtschaft Beschäftigung gefunden hatten; die Landflucht nahm ihren Anfang. Daneben vernichtete der wütende Konkurrenzkampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb zahllose selbständige Existenzen. Jedes Stocken der Geschäfte, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit brachten Not und Elend in diese Massen, die für solche Fälle nur in ungenügendem Maße versichert waren. Die Krankenversicherung war vorwiegend eine freiwillige, zum großen Teil der eigenen Initiative der Arbeiter überlassen, bei Eintritt eines Unfalls war der Arbeiter auf die Haftpflicht des Unternehmers angewiesen, die aber für ihn nur praktisch wurde, wenn er nachweisen konnte, daß demselben an dem Unfall ein Verschulden traf. Unter solchen Umständen wuchsen die Armenlasten in zahlreichen Gemeinden zu schier unerträglicher Höhe an. Ein gesetzgeberisches Einschreiten ließ sich nicht mehr umgehen.

War die Regierung gezwungen, der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, als sie ihre Entwürfe zur Arbeiterversicherung in Vorlage brachte, so glaubte sie damit auch noch einen anderen Zweck damit zu verbinden, eine Abkehr der Arbeiter von der Sozialdemokratie herbeiführen zu können. Die dem ersten Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes beigegebene Begründung spricht dies ganz offen aus, indem sie sagt:

Bei Beratung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ist die Notwendigkeit anerkannt worden, die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erlaß dieses Gesetzes notwendig gemacht haben, auch durch positive, auf Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen zu bekämpfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die mit ihr einhergehende steigende Unzufriedenheit der Massen hatten nämlich sehr bald die Sozialdemokratie aus einem wenig beachteten und verspotteten Häuflein „Seher“ und „Aufwiegler“ zu einer bedeutenden politisch ins Gewicht fallenden Macht werden lassen.

Das Sozialistengesetz sollte die Sozialdemokratie vernichten, sie zerschmettern. Allein, bald mußte Bismarck einsehen, daß er sich verrechnet hatte. Alle Verfolgungen blieben nutzlos; die sozialdemokratische Bewegung nahm nicht ab, sondern zu, und nicht zuletzt trugen die gegen ihre Anhänger gerichteten polizeilichen Schikanen dazu bei, propagierend für die Partei zu wirken. Was man mittels der Verfolgung der Sozialdemokratie und ihrer Anhänger nicht fertig zu bringen vermochte, hoffte man unter Zuhilfenahme der Sozialreform zu vollbringen. Sie sollte der Köder sein, die Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen zu versöhnen und sie in das Regierungslager herüberzulocken. Darin täuschte man sich freilich gewaltig, denn um bei den Arbeitern in dieser Richtung Erfolge zu erzielen, war das, was die Sozialreform ihnen bot, doch zu armfelig. Schon die Beratung des Krankenversicherungsgesetzes zeigte übrigens, wie sehr man noch dem Grundsatz handelte, den Bismarck und für jeden Klassen mit der neuen Verlesung möglichst wenig Lohn zu fallen und die Leistungen an die Arbeiter nicht zu sehr auszubehnen.

Eingeleitet wurde die deutsche Arbeiterversicherung mit dem Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883. Das bis dahin geltende Hilfskassengesetz von 1876 hatte die darauf gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die Gemeinden machten von dem ihnen auf Grund dieses Gesetzes zustehenden Recht der statutarischen Festsetzung des Versicherungszwanges nur geringen Gebrauch. Im Jahre 1880 bestand die statutarische Versicherungspflicht der Arbeiter in Preußen nur in 278 Gemeinden, im übrigen Deutschland in 20 Gemeinden. Daneben waren zwar zahlreiche Betriebs- und freie Hilfskassen vorhanden, immerhin blieb ein großer Teil der Arbeiterschaft gegen Krankheit unversichert. Um eine Grundlage für die geplante Unfallversicherung zu erhalten, war deshalb die Einführung des Krankenversicherungszwanges und seine Ausdehnung zum mindesten auf alle gegen Lohn beschäftigten Arbeiter erforderlich.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage ließen es an Anträgen in dieser Richtung nicht fehlen, wie sie auch bestrebt waren, eine möglichst ausgiebige Fürsorge für die erkrankten Arbeiter zu schaffen. Bei den bürgerlichen Parteien stießen sie dabei auf ebenso wenig Verständnis wie guten Willen, hielt man es doch von jener Seite nicht einmal für notwendig, die Vertreter der Arbeiter zu den Kommissionsberatungen zuzulassen. Derselbe arbeiterfeindliche Charakter trat bei den Beratungen im Plenum zutage, wo man die sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge meist kurzerhand ablehnte. Danach wird es verständlich, wie die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage schließlich zur Ablehnung des Krankenversicherungsgesetzes gelangen konnten. Bekanntlich gehen bei den Wahlen die bürgerlichen Parteien noch heute mit dem Vorwurf freibei, daß die Sozialdemokratie zur Sozialversicherungsgesetzgebung eine ablehnende Haltung einnahm, ohne jedoch da-

mit besonderen Eindruck zu erzielen. Die Arbeiter lernen die Angulänglichkeit der Arbeiterversicherung viel zu sehr an eigenen Leide kennen, um nicht für das Vorgehen der Sozialdemokratie volles Verständnis zu haben. Wie unzulänglich das Krankenversicherungsgesetz in der vom Reichstage beschlossenen Fassung war, zeigen die vielen Änderungen, welche im Laufe der Zeit daran vorgenommen werden mußten, darunter eine große Anzahl solcher, wie sie von der Sozialdemokratie bei der ersten Beratung beantragt waren.

Dem Krankenversicherungsgesetz folgte im Jahre 1885 die Unfallversicherung der gewerblichen Arbeiter, 1886 deren Ausdehnung auf die Landwirtschaft und die Beamten und im Jahre 1887 auf das Baugewerbe und die Seeschiffahrtbetriebe. Das Jahr 1890 endlich brachte als „Arbñnung“ der Sozialreform das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz. Eine besondere Popularität konnten sich weder die Unfallversicherung noch die Invaliden- und Altersversicherung bei den Arbeitern erobern. Sehr wesentlich ist darum der Umstand schuld, daß die Arbeiter bei diesen Gesetzen von einer Mitwirkung fast ganz ausgeschlossen sind und sich Verwaltung und Leitung, wie bei der Unfallversicherung, vollständig in den Händen der Unternehmer, bei der Invalidenversicherung in den Händen der staatlichen Bureaucratie befindet.

Trotz der im Jahre 1900 bzw. 1903 vorgenommenen eingreifenden Reform des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes hatten der Arbeiterversicherung noch zahlreiche und schwere Mängel an. Zwar ist bei den verschiedenen Ansätzen zu Reformen die Versicherungspflicht erheblich ausgedehnt worden, immer aber sind noch große Streife der arbeitenden Bevölkerung von den Vorteilen der Versicherung ausgeschlossen. Dazu gehören besonders die Hausgewerbetreibenden, die nichtgewerblichen und unständigen Arbeiter sowie das Gesinde, die zum Teil nur gegen Invalidität, gar nicht aber gegen Krankheit und Unfall versichert sind.

Zurzeit bestehen in Deutschland zirka 23 000 Krankenkassen mit rund 12 Millionen Mitgliedern. Die Unfallversicherung weist 66 gewerbliche, 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 535 diesen gleichgestellte Ausführendenverbände und 14 Versicherungsanstalten als Träger der Versicherung auf, die Zahl der Versicherten beläuft sich auf zirka 21 Millionen. Die Invalidenversicherung ist in 31 Versicherungsanstalten und 10 Klasseneinrichtungen organisiert, während die Versicherungspflicht etwa 14 Millionen Personen umfaßt. Betrachtet man den Aufwand dieser Versicherungseinrichtungen, so ergeben sich imposante Zahlen, die freilich, auf den Kopf der Versicherten verteilt, sehr an ihrer Größe einbüßen und durchaus nicht den großartigen Eindruck hervorrufen, wie es geistlich von den Unternehmern durch eine schiefe und gekünstelte Darstellungsweise hervorzurufen versucht wird.

Im Jahre 1907 betragen die Einnahmen der deutschen Krankenkassen 319 592 187 Mk., die Ausgaben 299 094 756 Mk., hiervon entfielen auf: Arzthonorar 63 325 782 Mk., Arznei und sonstige Heilmittel 49 157 749 Mk., Krankengeld 121 416 115 Mk., Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung 5 493 301 Mk., Sterbegelder 7 122 318 Mk., Krankenhaus- und Heilanstaltskosten 36 167 635 Mk., Verwaltungskosten 16 692 900 Mk.

Von den Berufsgenossenschaften und diesen gleichgestellten Berufsgenossenschaften wurden auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes an Renten 1503 591 Mk., an Kapitalabzinsen 1 234 140 Mk. bezahlt. Demgegenüber stehen aber auch 662 901 Unfälle, wovon 144 703 erstmalig entschädigt werden mußten. Dazu kommt, daß an 20 522 Hinterbliebene Geschädigter erstmalig eine Rente zu zahlen war, worunter sich 6631 Witwen, 13 520 Kinder und Enkel und 781 sonstige Verwandte befanden. Die Zahl der durch Unfall Getöteten belief sich auf 9815 und die der mutmaßlich dauernd völlig Erwerbsunfähigen auf 1356.

Bei der Invalidenversicherung gelangten 112 220 Invalidenmarken, 11 527 Krankenrenten und 10 813 Altersrenten zur Neufestsetzung. Eine Erstattung von Beiträgen erfolgte aus Anlaß von 152 487 Ehefähigungen, 616 Unfällen und 85 464 Todesfällen. An Renten gelangten zur Auszahlung 147 593 319 Mk., an Beitrags-erstattungen 8 854 889 Mk. und für Heilverfahren 15 186 286 Mk. Neben dem Heilverfahren wurden Angehörige von in Heilbehandlung genommenen Versicherten mit zusammen 1 271 465 Mk. unterstützt.

Nach allen vorausgegangenen Reformen der deutschen Arbeiterversicherung ist wegen der Halbheit, die man dabei stets an den Tag legte, eine neue und umfassende Reform nicht mehr zu umgehen. Sie krankt daran, daß durch das Nebeneinanderbestehenlassen der drei Versicherungszweige mit besonderer Voneinander weitgehende Zersplitterung und Unübersichtlichkeit hervorgerufen, zugleich aber auch ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Sich durch die Kompliziertheit der Arbeiterversicherungsgesetze hindurchzufinden, ist für die große Masse der Arbeiter unmöglich, was nicht zu ihrer Popularisierung beiträgt. Seit Jahren wird denn auch von allen mit der Arbeiterversicherung Vertrauten, Arbeitersekretären und Sachleuten eine Vereinheitlichung und Verschmelzung der verschiedenen Versicherungsgesetze sowie die Beseitigung der heutigen Zersplitterung in eine Anzahl von Versicherungsträgern gefordert.

Als geeignetster Zeitpunkt für eine solche Reform erschien allgemein das Jahr 1910, wo die vom Reichstag beschlossene Witwen- und Waisenversicherung in Kraft treten sollte. Auch die Regierung schien nach den Aufhebungen des Grafen Borsadowksy einer einigermaßen radikalen Änderung nicht abgeneigt. Inzwischen sind jedoch andere Einflüsse maßgebend gewesen, denn die als Grundlage der neuen Reform von der Regierung vorgelegte Reichsversicherungsordnung ist weit entfernt davon, eine Besserung und Vereinfachung der gegenwärtigen Versicherungsgesetzgebung zu bedeuten. Es bleibt danach im wesentlichen alles beim alten, ja teilweise treten sogar für die Arbeiter recht bössartige Verschlechterungen auf. In Arbeiterkreisen war man sich deshalb auch in der Ablehnung des Regierungsentwurfs völlig einig. Was im Interesse der Arbeiter von einer Reform der deutschen Versicherungsgesetzgebung verlangt werden muß, das ist auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Leipzig zum klaren Ausdruck gebracht worden. Die Unternehmer sind für eine solche Ausgestaltung nicht zu haben, ging ihnen doch selbst der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung zu weit, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, ihn einer nochmaligen Umarbeitung zu unterziehen.

Zu welcher Gestalt der Entwurf nun an den Reichstag gelangen wird, läßt sich zurzeit nicht absehen; nach der bisherigen Haltung der Regierung ist ein nennenswerter Fortschritt nicht zu erhoffen. Das darf uns selbstverständlich nicht abhalten, mit allem Nachdruck auf den von der Arbeiterschaft als notwendig erkannten Forderungen zu bestehen und für eine gründliche, den Anforderungen und Bedürfnissen unserer Zeit entsprechende Reform der deutschen Arbeiterversicherung einzutreten.

### Die Niedergerittenen sind obenauf.

Das Wort von der niedergerittenen Sozialdemokratie stammt aus „allerhöchstem“ Munde. Es ist nach den Reichstagswahlen im Jahre 1907 geprägt worden und die gesinnungswüchtigen Politiker und ihre Presse haben es in unzähligen Variationen wiederholt. Wenn nur die Hälfte von dem wahr wäre, was seither über den Niedergang der Sozialdemokratie geredet und geschrieben wurde, dann müßte die Verhaßte längst mauertot sein. Es war aber nur eine angenehme Selbsttäuschung, welcher sich die Herrschaften hingaben, und in der letzten Zeit ist das Geschwätz auch vollständig verstummt. Die Tatsachen haben aber auch eine gar zu bereckte Sprache gesprochen. Wohl ist es im Jahre 1907 durch einen ungeheuren Schwindel gelungen, der Sozialdemokratie die Hälfte ihrer Reichstagsmandate abzugewinnen, aber ihre Anhängerzahl ist nicht zurückgegangen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hat sich im Gegenteil erheblich vermehrt und das Berechtigte die angeblieh Niedergerittenen, erhobenen Hauptes den kommenden Dingen entgegenzusehen.

Gegen die Sozialdemokratie ist kein Kraut gewachsen. Mit der Brutalität des Sozialistengesetzes ist sie fertig geworden und der pfäffische Fanatismus kann ihr ebensowenig widerstehen, als das Zuderbrot der sogenannten Sozialreform geeignet ist, ihr Anhänger abwendig zu machen. In der konservativ-liberalen Paarung hat man nach dem Scheitern von 1907 geglaubt, das langersehnte Mittel gefunden zu haben, der sozialdemokratischen Sturmflut einen Damm entgegenzusetzen. Bergebliche Hoffnung! Die liberalen Liby-Chi jedoch in Sack und Mantelchen ist gefallen, der Liberalismus verankert am Boden und für den Liberalismus bedeutet die Epizöbe der Vöckherlichkeit nicht einmal eine angenehme Erinnerung; sie ist für ihn ein Denkmal unverwischbarer Schmach.

Mit den fadenfcheinigsten Grübeln hat sich die Regierung im vergangenen Sommer gegen die notwendig gewesene Reichstagsauflösung gewehrt. Sie wußte, daß die Neuwahl ihr eine zerschmetternde Niederlage gebracht hätte. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben und die seit her vollzogenen Wahlen haben ungeschminkt gezeigt, wie das Volk über die Finanzreform und die gesamte Regierungspolitik denkt. Die Ershawahlen zum Reichstag brachten überall eine bedeutende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen; zwei Mandate in Wahlkreisen, die bisher als unannehmbar galten, wurden gewonnen und dazu die prächtigen Wahlsiege bei den Landtagswahlen in Mecklenburg, in Sachsen und in Baden. Nach Beendigung der Stichwahlen zählt die Sozialdemokratie in Sachsen, wo sie im letzten Landtag nur einen Vertreter hatte, 25 Abgeordnete unter insgesamt 91. Sie ist nach den Konservativen und Nationalliberalen, die je 29 Mandate besitzen, die drittstärkste Fraktion und wird bewirken, daß der reaktionäre Kurs in Sachsen einige Milderung erfährt. Der Wahlsieg in Sachsen ist um so höher zu veranschlagen, als er unter der Herrschaft eines durchaus reaktionären Wahlrechtes erworben wurde. Nicht minder glänzend hat die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen in Baden abgesehen. Die Zahl ihrer Mandate hat sich von 12 auf 20 erhöht und sie zieht als die zweitstärkste Fraktion in den 73 Mann starken Landtag. Das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, welches sich bei den allgemeinen Landtagswahlen in Sachsen und Baden zeigte, trat auch bei den Nachwahlen für den preussischen Landtag in Berlin zutage, wo man sich vergeblich bemüht hat, durch einen brutalen Gewaltakt die Sozialdemokratie ihrer Vertretung zu berauben.

Und die gleiche Erscheinung wie bei den Wahlen zu den Parlamenten ist auch bei den Kommunalwahlen zu beobachten. Aus den verschiedensten Gegenden werden zum

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren.

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Kruswalde, Bauken (Waggonfabrik), Beuel bei Bonn (Kunstgewerbliche Holzindustrie), Frankfurt a. M., Heidelberg, Langenberg, Neuß i. L., Ludenwalde, Ludwigschafen am Rhein, Magdeburg, Mannheim, Mathenow, Schwenningen i. Würtemb. (Möbelfabrik Lauffer), Sommerfeld, Stuttgart (Kontormöbelfabrik E. Kefer), Velten i. M. (Miemann u. Cie.), Wildeshausen in Oldenburg, Meran in Tirol, Schweden, London.

Teil ganz unerwartete Wahlsiege gemeldet. In Berlin wurden drei Stadtverordnetenmandate neu erobert, in Altona zieht die Sozialdemokratie zum ersten Male und gleich mit 5 Mann ins Stadthaus.

Die überraschenden Erfolge der Sozialdemokratie haben die Scharfmacher ganz aus dem Häuschen gebracht. Der weiland Stummsche Schleiffstein „Die Post“ glaubt durch potenzierte Scharfmacherei das naheende Unheil bannen zu können.

In der Abendausgabe vom gleichen Tage läßt sich das Scharfmacherorgan von einem angesehenen Nationalliberalen aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk eine Epistel schreiben, in welcher unter der Überschrift: „Zurück vom Zerwege!“ ein Sammelruf an alle bürgerlichen Parteien einschließt.

Die Gewerkschaften fühlen sich solidarisch mit der Sozialdemokratie. Sie ist die einzige Partei, die in den Parlamenten Arbeiterinteressen vertritt. Wir haben deshalb alles Interesse an einer Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Gesetzgebung und den öffentlichen Verwaltungskörperschaften.

Die Siege auf der politischen Arena ermuntern uns, mit den Erfolgen auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz nicht zurückzubleiben. Wir blicken hoffnungsvoll in die Zukunft und zweifeln nicht an dem Erfolg.

auf dem Wege friedlicher Verständigung oder als Siegespreis nach einem scharfen Kampfe zu fallen. Die Arbeiterbewegung ist unüberwindlich!

Soziales.

Um den Arbeitsnachweis.

Schwere Wetterwolken ziehen wieder einmal über das rheinisch-westfälische Industriegebiet herauf. Ein Kampf steht bevor, der den ganzen Ruhrkohlenbezirk umfassen und über dessen Grenzen hinaus das gesamte deutsche Wirtschaftsleben zu erschüttern droht.

Der Vorstoß der Zechenverwaltungen hatte insofern zunächst eine günstige Wirkung, als er die sich sonst ziemlich heftig bekämpfenden Bergarbeiterorganisationen zusammenbrachte. Am 17. Oktober hat eine Besprechung der Vorstände der in Frage kommenden Bergarbeiterorganisationen stattgefunden.

Die Antwort war durchaus ablehnend. Die Zechengewaltigen ließen zunächst durch ihr Organ, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erklären, daß sie es ablehnen mit den Bergarbeiterverbänden zu verhandeln.

Infolge dieser Vorgänge hat sich unter der Bergarbeiterbevölkerung eine gewaltige Erregung eingestellt. Am 24. Oktober haben im ganzen Revier von Mitgliedern aller Organisationsrichtungen stark besuchte Protestversammlungen stattgefunden.

Organisationsvorstände auf das Nachdrücklichste unterstühten. Der Zechenverband ladet mit seinem Vorgehen eine schwere Verantwortung auf sich; auf sein Konto sind die unvermeidlichen schweren Konflikte zu schreiben.

Der Plan, den Arbeitsnachweis zu monopolisieren, ihn zu einem Kampfesinstrument in den Händen der Arbeitgeber werden zu lassen ist natürlich nicht von gestern und heute. Er ist das Produkt jahrelang systematisch betriebener Propaganda.

Wohl ließen sich für die Unterstellung der Arbeitsnachweise unter den alleinigen Einfluß der Arbeiter viel wichtigere Gründe anführen als die Zechenbesitzer für ihr Vorhaben ins Feld zu führen vermögen.

Die Lebensmittelpreise an der Arbeit. Nach den amtlichen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt München gestalteten sich die Preise für Lebensmittel in den letzten 10 Jahren folgendermaßen:

Table with 5 columns: Item, 1890, 1903, 1909, Steigerung. Rows include Mastkassensfleisch, Ochsenfleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schafffleisch, Schweinefleisch.

Hierbei ist noch zu bemerken, daß diese Preise nur die mittleren bedeuten, während die Höchstpreise um 3 bis 7 Pf. für das halbe Kilo mehr betragen.

Table with 4 columns: Item, 1899, 1908, 1909, Steigerung. Rows include Frische Eier, Kristeneier.

Table with 4 columns: Item, 1899, 1908, 1909, Steigerung. Rows include 1/2 Kilo Landbutter, 1/2 Schmalz, 1/2 Margarine, 1/2 Erbsen, 1/2 Kaffee der billigsten Sorten.

Der Preis für gewöhnlichen Haushaltungstee stieg pro 1/2 Kilo von 1 Mk. in den Jahren 1907/08 auf 2 Mk. bis 2.50 Mk. Ende 1909 = 100-150 Proz.

Angesichts solcher Ziffern und unumstößlicher Tatsachen verteidigen die christlichen Gewerkschaftsjektäre und Agitatoren heute noch die nationale, bolschewistische Tat des Zentrums.

Gewerbeinspektionsbeamte aus dem Arbeiterstand. Bei der Gewerbeinspektion des 1. Wiener Bezirks sind jetzt auf Veranlassung des österreichischen Handelsministers zwei ehemalige Maurerpolemie als Assistenten eingestellt worden.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 8. November: Günzburg 10 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. 46. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Zu Neujahr 1910 werden sämtliche alten Beitragsmarken eingezogen und dafür neue Marken ausgegeben, worauf wir die Zahlstellenausschreiber sowohl als auch alle Verbandsmitglieder schon heute aufmerksam machen. Den Mitgliedern empfehlen wir dringend, dafür zu sorgen, daß sie am Jahresschluß mit der Beitragszahlung auf dem Laufenden sind.

Freiwillige Verzichtleistung auf Unterstützung, um die Aussteuerung zu umgehen, ist unzulässig. Wiederholt ist festgestellt worden, daß Mitglieder bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit einen kleinen, letzten Rest der ihnen zustehenden Unterstützung nicht erheben, um so den Vermerk „Ausgesteuert“ in ihrem Buche zu vermeiden und nach einiger Unterbrechung noch weitere Unterstützung erheben zu können. Die Verwaltungen werden gebeten, dieser unzulässigen Ausnutzung der Unterstützungseinrichtungen ihre vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Aus dem Verbandsausgeschloffen wurden wegen Streikbruchs auf Antrag der Zahlstelle Ahrensburg der Tischler Heinrich Lübber; von Berlin die Tischler Paul Kelling, Paul Krüger und der Schlosser Christian Staats; von Frankenthal der Stellmacher Anton Eckert; von Günzburg die Tischler David Stüb und Georg Stüb; von Stettin die Tischler Friedrich Mandelkow und Karl Zengler;

wegen Sperr- resp. Tarifbruchs auf Antrag von Hamburg Tischler N. Frech, Maschinenarbeiter S. Heber, Anschläger Karl Thiemelke und Kartettischer Adolf Westedt; von München Tischler Traugott Gebick;

wegen Unterschlagung auf Antrag von Feucht der Sägereiarbeiter Konrad Dörfer; von Wittenberg der Bankinnemacher Otto Gansicke;

wegen Lebens falscher Marken auf Antrag von Berlin der Tischler Ignaz Galerginski; wegen unkollegialen Verhaltens auf Antrag von Erfurt der Tischler Richard Hallenberg; von Göttingen der Drechsler Gottlieb Kurz; von Malchin Tischler Johann Roggenack und von Stuttgart Kartettbodenleger Hermann Gausler.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 57069 Otto Weber, Tischler, geb. 30. 12. 82 zu Rangenberg.
- 118415 B. Hartmann, Tischler, geb. 10. 11. 66 zu Braunschweig.
- 130781 W. Sommerstange, Tischler, geb. 25. 4. 78 zu Braunschweig.
- 185674 Karl Roth, Tischler, geb. 19. 5. 86 zu Schottenstein.
- 290477 Max Schiskowski, Tischler, geb. 12. 2. 85 zu Glinde.
- 293963 Fr. Arnum, Tischler, geb. 22. 2. 87 zu Hamburg.
- 336345 Adolf Müllers, Tischler, geb. 15. 2. 66 zu Teslau (Böhmen).
- 342292 Kurt Pefschke, Drechsler, geb. 2. 9. 90 zu Saalfeld.
- 364862 Karl Ahlfeld, Modellischer, geb. 30. 1. 89 zu Gärburg.
- 402967 Adolf Paetrich, Tischler, geb. 21. 4. 87 zu Linden.
- 429258 Fritz Müller, Stellmacher, geb. 10. 3. 84 zu Burgsalach.
- 462773 Ernst Gärtner, Tischler, geb. 29. 2. 88 zu Kreuzburg D.-Schl.
- 483012 Raver Wittmann, Tischler, geb. 9. 3. 92 zu Eichstädt.

Von Zahlstellen eingesandt wurden im Monat Oktober nachfolgende Beträge:

- Gau Danzig:** Bromberg 100 Mk., Elbing 150, Graudenz 100, Hohensalza 25, Justenburg 150, Königsberg 1100, Lyd 110, Rafel 50, Pr. Holland 102,60, Schlaue 70, Stolp 338, Thon 85, Tiltz 87, Treptow 45,55, Zoppot 91,70.
- Gau Stettin:** Barth 65 Mk., Demmin 42,74, Fiddichow 100, Gollnow 104,20, Grabow 15, Glickrow 209, Jassan 118, Lübb 60, Malchin 68,90, Neustadt 86, Parschin 130, Pasewalk 55, Rostock 500, Saßnitz 19,40, Schivelbein 110, Schönberg 169,82, Schwerin 300, Starogard 300, Strasund 124,80, Strelitz 264, Teterow 100,20, Ueckermünde 47,79, Waren 48,60, Warnemünde 20, Wismar 200 Mk.
- Gau Breslau:** Beuthen 100 Mk., Brieg 150, Bunzlau 132, Freiburg 400, Glas 120, Gleiwitz 106,80, Glogau 100, Gork 600, Grünberg 201,25, Hayna 70, Kirchberg 100, Kattowitz 300, Langenöls 400, Lissa 17,05, Neisse 158,50, Neusalz 50, Niesky 400, Oppeln 148,02, Ostrow 70, Ratibor 100, Rawitz 30, Rybnitz 75,07, Schildberg 10, Schmiedeberg 100, Schweidnitz 215, Strehlen 22, Striegau 100, Walzenburg 150, Zabrze 20, Ziegenhals 118,55 Mk.
- Gau Berlin:** Angermünde 125 Mk., Belgitz 45,18, Berlin 1000, Bernau 300, Wiesenthal 40, Charlottenburg 600, Dahme 51,80, Driesen 116,70, Eberswalde 50, Fehrbellin 10, Finsterwalde 700, Forst 401,49, Freienwalde 240, Friedrichshagen 110,06, Groß-Bichterfelde 150, Guben 250, Heinersdorf 64,75, Joachimsthal 31,80, Jüterbog 100, Klosterfelde 120, Königswusterhausen 150, Kolmar 155, Landsberg 250, Lübben 188,85, Lübbenau 10, Mendamm 150, Neuenhagen 85, Neuruppin 80, Nowawes 50, Oranienburg 70, Perleberg 114,40, Prenzlau 200, Priebus 50, Prignitz 35,56, Rixdorf 1900, Sagan 5,20, Schneidemühl

- 180, Schöneberg 500, Schönwalde 100, Schwiebus 129,80, Seuffenberg 128,65, Sorau 100, Spandau 640,75, Spremberg 146,60, Steglitz 250, Strausberg 47,65, Templin 89,70, Trebbin 180, Treuenbriezen 120, Weisensee 1000, Wittenberge 175, Willflora 106,30, Zielzig 50, Zossen 30 Mk.
- Gau Dresden:** Anken 600 Mk., Cosnitz 80, Gummersdorf 225, Dippelschwaide 241,70, Dübena 100, Dresden 368,85, Eberbach 150, Eppendorf 200, Freiberg 200, Geringwalde 750, Gieshütte 125, Großhain 177,79, Großhühnerdorf 290, Groß-Zschena 60,44, Königstein 100, Müchelnbroda 25, Riesa 253, Leisnig 180, Liebenwerda 64,58, Lobau 309,18, Malschütz 20, Müllweide 300, Mühlberg 226,51, Neugersdorf 100, Niederfelditz 400, Oderan 60, Oßersleben 300, Oschatz 100, Pirna 350, Rabenau 500, Rabenberg 541,65, Rabenberg 87,20, Riesa 200, Schandau 517,85, Schmiedeberg 96,45, Schweitzerhain 100, Stolpen 200, Torgau 50, Waldheim 300, Witzdruff 687, Zittau 450 Mk.
- Gau Leipzig:** Adorf 50 Mk., Altenburg 500, Borna 300, Buchholz 140, Chemnitz 800, Cimmischau 200, Dittben 188,86, Frankenberg 350, Froburg 200, Geithain 50, Glauchau 239,84, Gohnditz 270, Hühlfeld 200, Johannegeorgsstadt 400, Klingenthal 200, Krummhorn 40, Leipzig 5000, Limbach 50, Markneukirchen 87,50, Markranstädt 150, Meerane 160,25, Meuselwitz 177,58, Oelsnitz 88,05, Penig 100, Plauen 200, Raschau 200, Reichenbach 83,11, Scheibitz 187,42, Schleiz 100, Schmolln 700, Schönfeld 250, Stollberg 80, Taucha 100, Thalheim 10, Treuen 100, Triebes 85, Weida 100, Wolkstein 116,06, Wurzen 100, Zeitz 800, Zennroda 300, Zwickau 688 Mk.
- Gau Erfurt:** Apolda 100 Mk., Blankenburg 60,12, Bleichröde 26,70, Böhler 50, Brotterode 11,50, Würfel 561,47, Duderstadt 70, Eisenach 350, Eschwege 110,08, Frankenhausen 600, Goldlauter 50, Gotha 400, Gräfenroda 100, Hildburghausen 80, Kahla 80,30, Langensalza 160, Martinstrodt 44, Meisenbach 200, Merseburg 250, Mühlhausen 200, Naumburg 200, Neustadt 140, Rudolstadt 120, Saalfeld 100, Schleitham 88, Schmalkalden 25, Stadtlengsfeld 20, Sulz 15, Themar 300, Waltershausen 190, Wajungen 66,60, Weimar 300, Weiseneys 100, Zella-Mehlis 178 Mk.
- Gau Magdeburg:** Altdorf 45 Mk., Aschersleben 100, Bernburg 700, Bitterfeld 200, Blankenburg 340, Braunschweig 2000, Burg 50, Calbe 90, Clausthal 54,10, Coswig 279,21, Delitzsch 80, Eisleben 100, Gardelegen 100, Goslar 103,05, GutsMuth 40, Halberstadt 300, Halbesleben 140,80, Osterburg 40, Osterwieck 20, Quedlinburg 222,15, Salzwedel 100, Sangerhausen 100, Saalfeld 80, Stendal 575, Tangermünde 148,37, Wittenberg 120, Zerbst 10 Mk.
- Gau Hamburg:** Ahrensburg 170 Mk., Appenrade 130,16, Aurich 50, Bergedorf 7,09, Blankenese 220, Bredstedt 71,54, Bremen 1000, Brinkum 222,20, Cuxhaven 400, Dannenberg 50, Delmenhorst 338,52, Elmshorn 200, Emden 100, Eschwilge 100, Eutin 168,10, Geesthacht 180, Gethorf 15,55, Glückstadt 25,05, Habersleben 133,70, Heide 80, Hümm 50, Iphoe 200, Kellinghusen 92,59, Leer 161,50, Lüneburg 200, Neuenburg 160, Neustadt 119,08, Norden 165,77, Nordensham 100, Oldenburg 250, Osterloe 150, Preetz 50, Rendsburg 150, Scherrebek 130,50, Schwartau 100, Stade 80, Süderbrarup 45, Sulingen 85, Tönning 100, Tondern 26,70, Uetersen 20, Wilhelmshaven 400, Winsen 185,57 Mk.
- Gau Hannover:** Alfeld 120 Mk., Bielefeld 800, Bodenem 830, Bramsche 70, Bredenbeck 80, Burgdorf 80, Einbeck 180, Hameln 100, Heese 19,76, Herford 1800, Homburg 57,90, Lage 160, Lemgo 160,76, Melle 120, Minden 100, Minden 92,85, Minder 250, Nienburg 190, Nordheim 84,20, Osneyshausen 500, Osnabrück 300, Osterode 188,88, Peine 160, Pyrmont 40, Quakenbrück 202, Rheine 15, Seesen 100, Soltau 50, Springe 50, Velzen 300, Uslar 200, Verden 100 Mk.
- Gau Düsseldorf:** Bonn 220 Mk., Düren 60,05, Duisburg 200, Ekerfeld 600, Emmerich 85,70, Engelskotten 27,10, Esen 450, Grefrath 50, Gelsenkirchen 200, Geseke 120,30, Gochum 100, Grottel 37,90, Gumbach 50, Hagen 150, Hachenburg 50, Hagenborn 60,60, Halden 210, Haldensleben 155,35, Harenberg 59,59, Hattfeld 170,19, Heinsfeld 242,40, Heide 60, Honsdorf 47,70, Hülshausen 150, Schwerte 70,74, Siegen 140, Soest 50, Solingen 211,48, Uerdingen 234,11, Umma 30, Velbert 192,80, Wanne 180,78, Wermelskirchen 67,68, Witten 186,90 Mk.
- Gau Frankfurt:** Aschaffenburg 60,21 Mk., Bibersheim 80, Darmstadt 200, Driedenhofen 18, Eberstadt 60, Fechenheim 219,98, Gießen 200, Gräfenstadt 110,72, Hanau 200, Heilbrunn 60, Höchst 600, Höhe 91,41, Homburg 110,15, Kaiserlautern 200, Kellheim 400, Marburg 200, Neustadt 100, Neuwied 100, Oberramstadt 100, Pfaffenens 4,55, Reichenhausen 100, Saarbrücken 200, Rodenhäusen 47,75, Weinheim 388,10, Wehlart 120, Worms 300, Zweibrücken 50 Mk.
- Gau Nürnberg:** Ansbach 145 Mk., Bamberg 350, Bayreuth 800, Burglindtadt 26, Cham 53,40, Erlangen 400, Feucht 17,98, Gerolzhofen 49,60, Hirsching 10, Kronach 47,32, Mittelfeld 35,40, Neustadt 68,75, Pappenheim 1,10, Regensburg 750, Roth 26, Ratzenburg 150, Schopfch 20, Schwabach 80, Wendelstein 46,73, Wilhelmshausen 86, Würzburg 264, Zumbühl 7,70, Zirndorf 100 Mk.
- Gau München:** Augsburg 330 Mk., Brud 15, Dachau 120, Füssen 30, Garmisch 200, Günzburg 180, Ingolstadt 60, Kempter 150, Kirchseeon 21, Krumbach 40, Landsberg 80, Landskron 65, Lindau 100, Memmingen 60, Miesbach 91,10, Mühlhof 50, München 4000, Pfaffing 181,71, Passau 50, Prien 100, Starnberg 180, Tegernsee 90, Weiskirchen 80, Zwickel 10 Mk.
- Gau Stuttgart:** Albstadt 60 Mk., Badnang 30, Balingen 61, Biberach 80, Bretten 50, Colmar 300, Durlach 489,85, Emmendingen 25, Eßlingen 520, Freiburg 800, Gaggenau 151,51, Gaildorf 68,20, Geislingen 35, Geislingen 84,95, Gmünd 90, Göttingen 354,45, Hall 86,11, Heidenheim 138,73, Heilbrunn 400, Holzgerlingen 44,90, Hornberg 20,22, Kirchheim 184,98, Konstanz 175,60, Laubheim 108,22, Lauterbach 130, Leutkirch 20, Lorch 140, Ludwigsburg 238,18, Marbach 250, Mechingen 68,26, Mösach 80, Mühlhausen 170, Neckarsulm 100, Neuenbürg 60, Nürtingen 107,21, Offenburg 81,26, Oos 55, Radolfzell 119,80, Rastatt 150, Ravensburg 181,84, Reichenbach 19, Reutlingen 70, Sigmaringen 98,40, Spiegelberg 54,98, Stauffen 40, Steinheim 212,99, Straßburg 400, Stuttgart 1000, Triberg 50, Ulm 100, Tübingen 70, Ulm 350, Urach 78,05, Willingen 69,83, Waiblingen 84,59, Waldkirch

154,62, Waldshut 20, Wangen 20,80, Wertheim 15, Winnenden 90,10, Zell-Schopheim 60, Zuffenhausen 500 Mk.  
Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Mitteilung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.  
Nur solche Beträge sind hier aufgeführt, welche bis 31. Oktober in Händen des Kassierers waren.  
In der Mitteilung mit enthalten sind auch diejenigen Beträge, welche für die Schweden bestimmt waren.  
Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.  
Der Verbandsvorstand.

#### Korrespondenzen.

Blankenburg (Sara). Um unsere aus dem Jahre 1907 herrührende Verpflichtung gegen die Hauptkasse zu erfüllen, ohne die Lokalkasse zu sehr zu schwächen, wurde in der letzten Mitgliederversammlung beschlossen, ab 1. Januar 1910 einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben. Es sind nun hier Gerüchte im Umlauf, daß einige ältere Kollegen wegen dieses Beschlusses aus dem Verbandsaustraten wollten. Kollegen, hütet Euch vor diesem leichtsinnigen Schritt, geht Ihr gar nicht, wie es außerhalb Blankenburgs zugeht, wißt Ihr nichts von dem großen Kampf, den unsere schwebeligen Kollegen kämpfen und noch kämpfen; wißt Ihr auch nichts davon, daß in Eurer Nähe die Mansfelder Verknäppen einen schweren und opferreichen Kampf führen, wißt Ihr nicht, warum diese Kämpfe geführt werden? Nicht um augenblicklicher wirtschaftlicher Vorteile willen, sondern um das Koalitionsrecht und um die Anerkennung ihrer Organisation werden die schweren Opfer gebracht. Was jene unter großen Entbehrungen erkämpfen, wollt Ihr als lästige Bürde beiseite werfen? Es scheint fast, als wißt Ihr weiter nichts von den Kämpfen der Arbeiterschaft, als daß, was im Blankenburger Kreisblatt und der Harzzeitung zu lesen ist, nämlich so gut wie nichts. Lest die Arbeiterpresse, dann werdet Ihr Euer Koalitionsrecht und Eure Zugehörigkeit zum Solzarbeiterverband zu schätzen wissen. Denkt nur einmal ein wenig darüber nach, denkt nur an unsere Lohnbewegungen in den letzten 10 Jahren. In diesem Zeitraum waren hier fünfmal Lohnforderungen an die Meister gestellt, und ohne die geringsten Opfer zu bringen, ohne auch nur einen Tag die Arbeit niederlegen zu müssen, stieg der Lohn in dieser Zeit um 12 Pf. pro Stunde. Müht Ihr nun, dieses würde auch ohne Eure Verbandszugehörigkeit erreicht sein? Für so einfach ist doch wohl keiner zu halten. Die Meister sehen sehr wohl, daß die Tischler am hiesigen Orte gut organisiert sind und unterlassen es lieber, gegen eine solche geschlossene Front den Kampf aufzunehmen. Dieses würde sich aber sofort ändern, wenn unsere Zahlstelle durch Austritt älterer Mitglieder geschwächt würde. Nur bei diesen doch ganz ansehnlichen Erfolgen bietet der Verband doch auch noch die bekannten Unterstützungen in Rechtschutz, Notfall, Arbeitslosigkeit und Krankheit; jeder einzelne von uns kann manchmal schnell in die Lage kommen, diese Unterstützungen in Anspruch nehmen zu müssen, und um dieses weiter auszubauen und den Kollegen im Bedarfsfalle noch einen Zusatz aus der Lokalkasse geben zu können, wollen wir den doch gewiß niedrigen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche zahlen. Wird dieser doch den älteren und ansässigen Kollegen in erster Linie wieder zugute kommen. Außer diesen direkten Vorteilen, welche geboten werden, gibt es doch auch noch viele andere Gründe, welche eine geschulte und starke Organisation erfordern; denn schwere Kämpfe und heißes Ringen wird der Arbeiterschaft in Zukunft beschieden sein, wenn wir auch nicht direkt an den Kämpfen beteiligt sein sollten, ist es doch unsere Pflicht, die Kämpfenden nach Möglichkeit zu unterstützen, denn jeder Sieg kommt auch uns zugute, wie jede Niederlage auch für uns nachteilige Folgen bringen wird.

Corbach im Walde. Seit etwa 2 Jahren hat unser Ortschaft eine sehr gute Gelegenheit zu verzeichnen, eine Folge der vier nun erlöschenden Gewerkschaften und neuer Verbände. Während der vergangenen Jahre war es den hiesigen Schreinermeistern und Bauunternehmern möglich, immer genügend Arbeitskräfte zu bekommen, wenn auch die Arbeitsverhältnisse hier noch die denkbar ungünstigsten sind. Zunächst fehlt es an Wohnungen, um die vielen zugezogenen Arbeiter unterzubringen. So sind unsere Kollegen oft gezwungen, beim Arbeitgeber in Kost und Logis zu gehen, um nur erst überhaupt ein Obdach zu finden. In der Regel müssen immer 2 Mann in einem Bette schlafen, und dazu werden dann noch die primitiven Schlafräume mit 2 bis 3 Betten belegt. Im Privatlogis kostet unter den gleichen Verhältnissen eine Schlafstelle 3,50 Mk. Die Lebensmittelpreise sind fast höher als in einer Großstadt. Dagegen entsprechen die Lohnverhältnisse hier aber noch dem zurückgebliebensten Architekt. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden, der Verdienst etwa 3,60 Mk. pro Tag. In den größeren Werkstätten mit Maschinenarbeit fehlt jegliche Ventilation, und die Behandlung läßt zu wünschen übrig. Ähnlich liegen die Verhältnisse in dem nicht weit von Corbach entfernten Bad Wülfungen. Immerhin war es dort aber schon vor 3 Jahren möglich, durch unseren Verband die zehnstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Dagegen ist in Corbach der Einfluß der Organisation noch weniger bemerkbar. Von den dort beschäftigten 50 Tischlern sind etwa 20 organisiert. Die Mehrzahl der Kollegen, das sind die Einheimischen, wollen den Wert der Organisation noch nicht begreifen. In beiden Orten lassen es sich die einheimischen Kollegen wohl gern gefallen, wenn durch die Zugereisten der Lohn höher gebracht wird, um aber selbst mit für ihre eigenen Interessen einzutreten, dazu sind sie zu träge, zu angstmeierisch. Wir möchten deshalb den Waldecker Kollegen zurufen, sich recht bald der Organisation anschließen. Nur durch den Verband wird es möglich sein, auch im Waldecker Lande bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Schwab. Hall. In letzter Zeit macht sich ein recht flauer Besuch in unseren Versammlungen bemerkbar. Es sind immer nur die gleichen Kollegen, welche die Versammlung besuchen und überhaupt ein Interesse an dem Verbandsleben zeigen. Kollegen! Die ersten und teuren Zeiten, in welchen wir gegenwärtig leben, sollten ein Ansporn für regeres Interesse an Verbandsleben sein. Wenn auch den Kollegen der größeren Werkstätten eine freiwillige Lohnaufbesserung von ihren Arbeitgebern zuteil wurde, so

sieht es dagegen in den kleineren Werkstätten noch sehr rückständig aus, effiziente Arbeitszeit, das schon lange verworfene Kost- und Logiswesen ist noch häufig anzutreffen. So wurde in letzter Zeit öfters über die Firma Fr. Stradenberger, Bau- und Möbelfabrikerei, wegen Unregelmäßigkeiten der Lohnverhältnisse geklagt. Gerade in der jetzigen Zeit muß alles erkämpft werden, das kann aber nur geschehen, wenn jeder seinen Mann stellt. Es trägt gerade auch nicht zum Ansehen der Zahlstelle bei, wenn immer wieder über schlechten Versammlungsbesuch und vorherrschende Mißstände geklagt werden muß. Die schönen Tage sind ja jetzt wieder vorbei, und es kann deshalb keine Ausreden mehr geben, die zur Versammlungsschwänzerei beitragen. Also Kollegen, laßt die Gleichgültigkeit verschwinden, besucht regelmäßig eure Versammlungen, und es wird auch hier endlich einmal die zehntägige Arbeitszeit in allen Werkstätten eingeführt werden können. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, den 13. November, statt.

**Kattowitz.** Am 23. Oktober sprach in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung Kollege Ehrlich-Berlin über das Thema: „Um was wir kämpfen, gegen wen wir uns zu schützen haben“. Ueber 70 Kollegen waren erschienen, und möchten wir wünschen, daß auch unsere Mitgliederversammlungen stets so besucht wären. Agitationsarbeit wartet unserer im hiesigen Bezirk noch so viel. Durch allseitige Mithilfe ließe sich so manches bessern.

**Leipzig.** Am 5. November nahm eine von 2800 Kollegen besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung Stellung zu der Vertragskündigung. Der Bevollmächtigte Kollege Gerike gibt zunächst einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des gegenwärtigen Vertrags. Auch die Leipziger Kollegen hatten Ursache, sich über den Ausgang des Kampfes im Jahre 1907 zu freuen. War uns doch vor der Aussperrung von den Unternehmern ein Vertrag unterbreitet worden, welcher in allen seinen Teilen Verschlechterungen der damals bestehenden Verhältnisse vorsah, während nach der Aussperrung sich die Herren bequem mühten, den Mindestlohn um 4 Pf. pro Stunde zu erhöhen, so wie auch sonst noch beachtenswerte Zugeständnisse machen. Es sei zu zugestehen, daß die Unternehmer im allgemeinen bis auf wenige Differenzfälle die vertraglichen Bestimmungen in ihren Mindestbestimmungen beachtet hätten. Auch sei es wertvoll, daß während der starken Krise in der Holzindustrie ein starkes Herabsinken der Löhne vermieden wurde. Nach einer in den letzten Wochen aufgenommenen Statistik, wobei rund 1750 Kollegen, welche in Vertragsfirmen arbeiten, ihre Stundenlöhne angegeben haben, könne festgestellt werden, daß auch die im Vertrag vorgezeichneten Lohnerhöhungen durchgeführt worden sind. Der Durchschnittslohn für die Möbeltischler ist um 4,8 Pf., der der Tischler um 5,9 Pf. und der der Maschinenarbeiter um 5 Pf. pro Stunde gestiegen. Betrachte man jedoch die große Arbeitslosigkeit in den Branchen und die wiederum bedeutend gestiegenen Preise für die Lebensunterhaltungskosten, so könne der gegenwärtige Verdienst unserer Kollegen keineswegs als ein ausreichender bezeichnet werden. Außerdem sind im gegenwärtigen Vertrag Mängel über die Festsetzung der Preise für neue Aufträge vorhanden, die unbedingt beseitigt werden müssen. Auch die Erledigung von Streitfragen durch die Schlichtungskommission sei noch recht fragwürdiger Art. Die besonderen Wünsche der einzelnen Branchen sollen augenblicklich nicht erörtert werden, aber auch nach dieser Seite seien verschiedene Bestimmungen einer Revision zu unterziehen. Aus all den angeführten Gründen schlägt Redner im Namen der Gesamtverwaltung und der Werkstattdelegierten der Versammlung vor, zu beschließen, den Hauptvorstand zu ersuchen, die Kündigung des Vertrages für die Zahlstelle Leipzig zu vollziehen. In der Diskussion sprachen nur drei Redner, welche in kurzen Worten der Versammlung empfahlen, die Kündigung des Vertrages zu beschließen. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, den jetzt bestehenden Vertrag zur Kündigung dem Hauptvorstand zu unterbreiten. Alsdann wurde die Abrechnung vom 3. Quartal gegeben. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 31 661,38 Mk., der eine Ausgabe von 30 606 Mk. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand für die Hauptkasse von 1055,38 Mk. am Orte verblieb. An Vertragsmarken wurden 68 178 an die Mitglieder verabsolgt; es ist dies die höchste Markenumsatzziffer, welche in diesem Quartale in unserer Zahlstelle erreicht wurde. Die Lokalkasse hatte inkl. Kassenbestand vom vorigen Quartal eine Gesamteinnahme von 142 003,91 Mk. und eine Ausgabe von 8595,37 Mk. zu verzeichnen, so daß ein Kassenbestand von 133 408,54 Mark verblieb.

**Velken.** Die Tischlerei der Firma Niemann u. Co., die einzige im Orte vorhandene, hat einen Kollegen gemäßregelt, weil er der Vertrauensmann der Organisation im Betriebe war. Da ein Vermittlungsversuch des Gauborstandes erfolglos war, haben die anderen Kollegen, vierzehn an der Zahl, sich anderweitig um Arbeit bemüht. Wenn Herr Niemann denkt, daß er mit organisierten Arbeitern umspringen kann wie er will, dann ist er auf dem Holzweg. Denn er wird wohl nicht zu jeder Zeit Tischler erhalten, die sich ihr Holz selbst mit der Maschine bearbeiten. Dazu sind die Löhne sehr bescheiden, 35-40 Pf. die Stunde ist nichts Seltenes. Der Akkordtarif ist der niedrigste mit in der ganzen Umgegend. So wird gezahlt für eine vierflügelige Balkentür nach Berliner Stil gearbeitet 17 Mk., für Doppelfenster 8 Mk., Blendrahmenfenster 3,50 Mk. und die Türen stehen ebenfalls so niedrig. Die Lebensmittelpreise sind dagegen sehr hohe, denn für Kost und Logis zahlt man 12 Mk. und darüber die Woche. Der Firma ist es bisher nicht gelungen, Arbeitskräfte zu bekommen. Den reisenden Kollegen empfehlen wir, auch späterhin um Velken einen möglichst großen Bogen zu machen, da hier keine Goldberge zu erobern sind.

**Wilsdruff.** In unserer letzten Versammlung referierte unser Gauborstandler, Kollege Gerlike, über: „Die letzte Krise und der Deutsche Holzarbeiterverband“. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. — Es sind hier noch sehr viele Mißstände zu beseitigen; hauptsächlich ist es die Firma Theod. Müller, ZnB. Einemus, über die am meisten geklagt wird. Die Tischler müssen recht lange auf das zugetriebene Holz warten, was die Kollegen nun endlich satt haben. Wenn keine besseren Zustände eintreten, so werden sie es vorgehen, diesem Betrieb den Rücken zu kehren. Die

Arbeitgeber haben es in der Zeit des schlechten Geschäftsganges verstanden, Entlassungsscheine einzuführen. Diese Wünsche sind so eine Art Steckbrief und sollen den Meißer davor schützen, daß der Geselle die Arbeit unberechtigt verläßt. Löst der Geselle das Verhältnis nach Ansicht des Straubers unberechtigt, und das ist bald immer der Fall, so erhält er keinen derartigen Wisch und wird in keinem anderen Betrieb eingestellt. Wir meinen, es ist jetzt an der Zeit, mit solchen für uns unwürdigen Zuständen aufzuräumen. Das können wir am besten dadurch, daß wir bloß unseren Arbeitsnachweis, der sich beim Vertrauensmann befindet, benutzen. Das wollen auch alle zureisenden Kollegen beachten und sich, ehe sie hier Arbeit annehmen, erst beim Vertrauensmann erkundigen. Da es hier noch eine verhältnismäßig hohe Zahl indifferenter Holzarbeiter gibt, so ersuchen auch wir jeden Kollegen, die kommenden Wintermonate zur Agitation fleißig zu bemühen, dann wird es uns auch gelingen, dem Verbanne immer neue Mitglieder zuzuführen. Unsere nächste Versammlung findet am 27. November im „Lindenschlößchen“ statt.

**Unsere Lohnbewegung.**

**In Bauhen** ist es in der Waggonfabrik nun zur Aussperrung gekommen. Die Direktion der Firma Busch, besonders scharf gemacht durch den Aufsichtsratsvorsitzenden und bekannten Scharfmacher Kühnemann, bleibt nach wie vor auf dem geforderten Abzug bestehen. Alle Hinweise auf die durch die neue Steuergesetzgebung bedingte Steigerung der Lebensmittel wurden nicht anerkannt, und da sich die Kollegen weigern, den reduzierten Akkordtarif anzunehmen, erfolgte am 7. November die Aussperrung. Das Vorgehen der Direktion ist ein solch brutales und ungerechtes, daß alle Kollegen fest entschlossen sind, an den alten Preisen festzuhalten. Da kein einziger Stellmacher und Maschinenarbeiter im Betrieb ist, muß es schon in einigen Tagen zur allgemeinen Stachung des Betriebes kommen, und ersuchen wir sämtliche Stellmacher, Tischler und Maschinenarbeiter, den Zugang nach Bauhen streng fernzuhalten, dann werden auch die Räume der Kühnemann nicht in den Himmel wachsen.

**In Luckenwalde** wähet der Streik der Bau- und Möbeltischler nun schon 8 Wochen. Die Unternehmer geben sich die größte Mühe, Arbeitswillige in ihre Betriebe zu bekommen. In ganz vereinzelt Fällen ist ihnen dies gelungen. Der Tischlermeister Willig hat die Arbeitswilligen gleich in seinem Hause einlogiert. Der Ober-Scharfmacher Punkt scheint mit seinen Hausreisern wenig Glück zu haben, denn er hat in dieser Woche wieder einige expediert. Die Bauernoffenschaft sucht in der Fachzeitung Arbeitskräfte, sie möchte wohl einige Meißerlöhne nach hier haben. Wie wir schon früher berichteten, hatten die Unternehmer unsere Kollegen wegen Kontraktbruch verklagt. Der Vorsitzende der Holzindustriellen, Herr Bauschlermeister Willig, muß nun aber als Inhaber eines Fabrikbetriebes nach dem Gesetz den entstandenen Schaden nachweisen. Im ersten Termin machte er nun einen so hohen Anspruch geltend, daß unsere Kollegen sich veranlaßt sahen, der Sache auf den Grund zu gehen. Das hatte zur Folge, daß der Herr Tischlermeister und Stadtverordnete im nächsten Termin seine Forderung wesentlich reduzierte. Herr Willig hat die liegegebliebenen Akkorde von seinen Betriebsleitern und Werkmeistern fertigstellen lassen, und da wäre einiges erwähnenswert. Ein Kollege hatte an einer Arbeit, die laut Tarif mit 42,00 Mk. bezahlt wird, zwei Tage gearbeitet und sie dann liegen gelassen. Ein früherer Krauter, der die Arbeit fertigstellte, verwendete dafür noch 65 Mk. In einem anderen Falle hatten zwei Kollegen an einer Arbeit, die mit 116 Mk. bezahlt wird, schon 8 Tage gearbeitet. Die Fertigstellung durch einen Nachkollegen kostete aber noch 112 Mk. Die Differenz klagte Herr Willig von unseren Kollegen an. Doch er hat sie nun eingesehen, was für ein Unsinn das wäre, er hat die zwei Tage Gehalt hat. Von den 30 Kollegen, die in den Streit traten, sind noch 110 am Orte, und sie sind jetzt entschlossen, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen sind. Der Zugang nach Luckenwalde ist streng fernzuhalten.

**In Süddeutschland** ist es nunmehr zum Vertragsabschluss in Frankfurt a. M., Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen gekommen. Herr Stadthindikus Dr. Giller hat mit seinen Bemühungen, den Frieden herbeizuführen, in allen Orten Erfolg gehabt. Für die Orte Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg wurde der mit dem Arbeitgeberverband vereinbarte Normaltarifvertrag zur Grundlage der Vereinbarungen gewählt, während in Frankfurt der Bestimmungen des früher bestandenen mit dem Normalvertrag verarbeiteten wurden. In Lohnerhöhungen bringt der Vertrag für Mannheim und Ludwigshafen sofort 2 Pf. und einen weiteren Pfennig am 1. April 1910. Am 1. Oktober 1911 wird die Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Der Mindestlohn für Schreiner und Maschinenarbeiter unter 20 Jahren erhöht sich sofort von 42 auf 44 Pf. und am 1. April 1910 auf 45 Pf., für Arbeiter über 20 Jahre sofort von 47 auf 49 Pf., und am 1. April 1910 auf 50 Pf. pro Stunde. In der Süddeutschen Möbelfabrik bleibt die 52stündige Arbeitszeit bestehen. In Heidelberg wird die 56stündige Arbeitszeit — bisher 37 Stunden — mit einer Lohnerhöhung von 1 Pf. sofort eingeführt. Am 1. April 1910 tritt eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde ein. Der Mindestlohn erhöht sich sofort auf 42 Pf. und am 1. April 1910 auf 44 Pf. Der Durchschnittslohn erfährt eine Erhöhung auf 46 Pf. sofort und auf 48 am 1. April 1910. In Frankfurt werden die Löhne sofort um 2 Pf. und vom 1. Oktober 1910 und 1. April 1911 um je einen Pfennig erhöht. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden tritt am 1. Oktober 1910 ein. Alle Verträge laufen bis zum 17. Februar 1912. Unsere Kollegen haben in allen Orten den Vereinbarungen mit erheblicher Majorität zugestimmt. Bei den Arbeitgebern war die Zustimmung schwer zu erlangen. Besonders die Annahmen machten in Opposition. Die Arbeitsaufnahme sollte am 2. November auf der ganzen Linie vor sich gehen, doch gibt es noch erhebliche Schwierigkeiten. Besonders sind es wieder die Arbeitgeber in Frankfurt, die eine Auswahl unter den Aussperrten treffen möchten. Hierzu wird uns von dort geschrieben:

Bei der Verhandlung wurde protokolllarisch festgelegt, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen; auch wurde es als ganz selbstverständlich betrachtet, daß in den Betrieben, wo die Arbeiter nicht sofort alle wieder eingestellt werden können, die Einstellung der Reihe nach zu erfolgen hat, und daß, solange noch Aussperrte vorhanden sind, keine neuen Leute angenommen werden dürfen. Am 2. November sollte nun die Arbeit wieder aufgenommen werden; aber da zeigte es sich, daß die Arbeitgeber auf die Abmachungen pfeifen. Besonders zeichnet sich die Werkfirma Schneider u. Hanau aus. Kollegen, welche 6 bis 14 Jahre im Betriebe beschäftigt waren, darunter der Vertrauensmann, werden aus „technischen“ Gründen nicht eingestellt, dagegen Kollegen, welche nur 2 bis 3 Wochen dort gearbeitet haben, können wieder anfangen. Das nennen die Herren keine Maßregelungen, sondern es sind „technische“ Gründe. Es ist aber doch eigentümlich, daß gerade der Vertrauensmann dabei sein muß, und daß es überhaupt Kollegen betrifft, welche bisher immer mit die beste Arbeit gemacht, sich aber von dem Werkführer, Herrn Rupprecht, der vermutlich der Urheber dieser Maßregelung ist, nicht alles gefallen lassen haben. Daß unter diesen Umständen auch alle übrigen Kollegen die Arbeit nicht aufgenommen haben, ist selbstverständlich. Die Verwaltung hat sich an Herrn Dr. Giller, sowie an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn J. Lönholtz, hier, gewendet, mit dem Ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Firma den Vertrag erfülle. Beide Herren haben sich unserer Auffassung angeschlossen und auch den Versuch gemacht, die Firma zur Vertragserfüllung zu verpflichten, jedoch ohne Erfolg. Die Herren verlangen, daß die Arbeit erst aufgenommen werden soll, dann soll die Schlichtungskommission über die Streitfälle entscheiden. Ein derartiges Ansinnen haben wir abgelehnt, denn die Schlichtungskommission hat unserer Auffassung nach nur über Streitigkeiten zu entscheiden, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben. Um einen solchen Fall aber handelt es sich hier nicht, sondern um direkte Maßregelungen bei Aufnahme der Arbeit. Aber auch der Vorstand des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes in Mannheim scheint eigenartigen Ansichten zu huldigen. Herr Dr. Kleiner teilte uns in einem Schreiben mit, daß sie gegen unser Vorgehen gegen die Firma Schneider u. Hanau entschieden protestieren und verlangen, daß die Arbeit sofort aufgenommen sowie die Sperre aufgehoben wird, widrigenfalls sie es als Vertragsbruch betrachten und sich weitere Schritte vorbehalten. Auf wessen Seite der Vertragsbruch liegt, haben wir oben geschilbert, und sehen wir den Schritten, welche sich die Herren vorbehalten haben, ruhig entgegen. Das eine versichern wir aber, solange diese Maßregelungen nicht zurückgenommen werden, wird bei dieser Firma die Arbeit nicht aufgenommen und auch die Sperre nicht aufgehoben. Im weiteren sei noch die Firma Stock, ebenfalls Mitglied des Arbeitgeberverbandes und Kassierer der Schreinerzweigvereinigung erwähnt. Dieser Herr hat überhaupt keinen der Aussperrten wieder eingestellt, dafür aber neue Arbeiter, und zwar an demselben Tage, wo die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Wir fragen Herrn Dr. Kleiner: Ist das auch keine Maßregelung, und was gedenkt der Herr Doktor gegen diese Firma zu unternehmen? Hoffentlich erhalten wir Antwort. Aus diesem Verhalten der Frankfurter Arbeitgeber können die Kollegen sehen, wie recht wir hatten, als wir die Vertragsstreitigkeiten dieser Herren anzeigten. Wir haben nun das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen und müssen nun abwarten, wie dieses entscheidet. Einstweilen ersuchen wir die Kollegen, den Zugang nach hier sowie nach Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg unter allen Umständen fernzuhalten. Im Auslande befinden sich hier noch zirka 130, in Mannheim 80, Ludwigshafen 50 und in Heidelberg noch 20 Kollegen.

**In Wildeshausen (Oldenburg)** sind Differenzen mit den Tischlermeistern ausgebrochen. Bisher betrug die Arbeitszeit im Sommer 10 1/2 Stunden, jedoch wurde dieselbe in den Wintermonaten auf 11 1/2 und noch mehr Stunden verlängert. Die Gesellen, welche früher nicht organisiert waren, ließen sich dieses stets gefallen. Das ist nun anders geworden. Die Kollegen gehören bis auf zwei dem Verbande an und verlangen von den Arbeitgebern, daß die Arbeitszeit auch im Winter nicht mehr als 10 1/2 Stunden betragen soll. Anfangs zeigten sich diese nicht abgeneigt, dem Wunsche der Gesellen Rechnung zu tragen, erklärten aber später, sie müßten sich dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes fügen, derselbe verlange die Verlängerung der Arbeitszeit. Besonders soll es der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Baumunternehmer Grafhorn, sein, welcher einen Druck auf die Tischlermeister ausübt, und letztere glauben, sich seinem Willen beugen zu müssen, weil sie befürchten, im anderen Falle keine Kundschaft zu verlieren. Das kann natürlich unsere Kollegen nicht veranlassen, sich die Verhältnisse verschlechtern zu lassen, und haben dieselben bereits die Kündigung eingereicht. Wenn die Meister sich dem Arbeitgeberverband auf Gnade und Angnade ausgeliefert haben, mögen sie auch den Schaden tragen. An die Kollegen wird die dringende Bitte gerichtet, den Zugang fernzuhalten. Dieses ist um so notwendiger, weil auch sonst die Verhältnisse alles zu wünschen übrig lassen. So besteht am Orte noch allgemein das Kost- und Logiswesen. In einzelnen Fällen müssen zwei Mann in einem Bett schlafen. Unter diesen Umständen wird sich hoffentlich kein Kollege nach den Fleischtöpfen Wildeshausens sehnen.

**In Wunstel** ist es endlich gelungen, in einem zweiten Betrieb außer der Abschaffung von Kost und Logis auch die 10stündige Arbeitszeit statt bisher 11stündiger einzuführen. Herr Tischlermeister Lippalt hat jetzt diese Bedingungen anerkannt, da es ihm ohne diese nicht gelang, genügend Arbeitskräfte zu erhalten. In diesem Betriebe hat erst vor kurzem ein Kollege abends kurz vor 7 Uhr den halben Daumen an der Kreisäge eingebüßt, da jede Schutzbürsch fehlte. Mit den organisierten Arbeitern werden nun hoffentlich auch geordnete Verhältnisse in den Betrieb einziehen.

**Ausland.**

Die Vorstenarbeiter in Rußland haben einen großen Kampf erfolgreich durchgeführt. Wie das Auslandskomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Bittauen, Polen und Rußland mitteilt, ist

die Aussperrung der Vorarbeiter im Nordwestgebiet...

Aus der Holzindustrie.

Die Erfolge des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Zwischen dem „Correspondenzblatt der General-Kommission“ und dem Herausgeber der „Neuen Zeit“...

Kollege Leipart schreibt:

„... Mich verleiht am meisten das Armutzeugnis, das unseren Mitgliedern mit der Behauptung ausgehändigt wird, daß eine eigentliche Verbesserung ihrer Lage mit der Gewerkschaftsbewegung nicht herbeigeführt werden könne.“

Daß die Unternehmer diese Behauptung fortgesetzt wiederholen, daran haben wir uns gewöhnt. Sie handeln damit in ihrem kapitalistischen Interesse, wenn sie die Arbeiter von der Organisation dadurch zurückzuhalten trachten, daß sie dieselbe als aussichtslos bezeichnen.

Aber die Freunde im eigenen Lager sollten sich doch nicht eine Meinung über die jetzt nach Millionen zählende Schaar der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu eigen machen, die wir bei den Gegnern nicht anders als pure Böswilligkeit auslegen können.

Genosse Kautsky beteuert uns, daß er himmelweit davon entfernt sei, die Bedeutung der Gewerkschaften herabzusetzen. Aber er bekennt, daß die Gewerkschaften imstande sind, den Lohn der Arbeiter dauernd und ununterbrochen immer höher zu heben...

Es ist nun aber keine Aufgabe der Gewerkschaften, die Endziele des Sozialismus zu verwirklichen. Wenn also die Gewerkschaften nicht imstande waren, die Ausbeutung der Arbeiter zu beseitigen, so kann ihnen daraus kein Vorwurf erwachsen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat bisher vier umfassende statistische Erhebungen über die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse veranstaltet.

Table with 4 columns: Year, 54 Stunden und darunter, mehr als 60 Stunden. Rows for 1893, 1897, 1902, 1906.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitszeit in der Holzindustrie im ganzen Reich betrug in den vier Jahren...

Der Holzarbeiterverband hat also von 1893 bis 1906 die Arbeitszeit um 4 1/2 Stunden im Durchschnitt verkürzt...

weitere sehr umfangreiche Arbeitszeitverkürzung nachgefolgt ist.

Um auch einige Detailziffern anzuführen, lasse ich für eine Anzahl von Städten die durchschnittliche Arbeitszeit in den vier Erhebungsjahren und ihre prozentuale Verkürzung hier folgen:

Table with 2 main columns: Durchschnittliche Arbeitszeit, Prozentuale Verkürzung. Sub-columns for years 1893, 1897, 1902, 1906. Lists cities like Königsberg, Berlin, Dresden, etc.

Nach alledem ist es sicher nicht zu viel gesagt, wenn ich für die Gewerkschaften in Anspruch nehme, daß sie die Ausbeutung der Arbeiter eingeschränkt haben.

Aber selbst wenn Kautsky recht hätte, daß den Gewerkschaften auch eine Verminderung der Ausbeutung nicht möglich sei, so schließt seine Behauptung ja trotzdem nicht aus, daß die Gewerkschaften den Lohn dauernd und ununterbrochen immer höher zu heben vermögen.

Aber nach Kautsky vermehrt sich sogar die Ausbeutung der Arbeiter. Er ist der Meinung, daß die Erbringung von Teilerfolgen immer schwieriger und seltener, der Fortschritt der Arbeiterklasse immer langsamer wird...

Vielen hiervon ist mir tatsächlich nicht verständlich. Verschlechtert sich nun eigentlich die Lage des Proletariats, oder nicht? So sagt Kautsky im Verhältnis zu den jüngsten der Kapitalistenklasse!...

Wenn aber die Lebensmittelpreise rascher steigen als die Löhne, wie Kautsky weiter sagt, dann müßte man ja nicht bloß an eine „relative“, sondern vielmehr an eine absolute Verschlechterung der Arbeiterlage glauben.

Nun hat das „Correspondenzblatt“ in der Nr. 33 eine Berechnung der Lebensmittel-Preissteigerung von Calver veröffentlicht, wonach diese Steigerung in den Jahren von 1895 bis 1908 insgesamt 27,4 Proz. beträgt.

Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß einige schlechtgelohnten Berufe, z. B. auch die Storkmacher, sich erst in den späteren Jahren dem Holzarbeiterverband angeschlossen haben...

ungünstig beeinflussen. Nehmen wir deswegen die Tischler allein, so ist deren durchschnittlicher Wochenverdienst von 1893 bis 1906 prozentual gestiegen von 100,0 auf 130,7...

Aber wir dürfen, wie schon richtig von anderer Seite betont worden ist, bei der Beurteilung der Lohnsteigerung nicht die gleichzeitig herbeigeführte Arbeitszeitverkürzung vergessen.

Die durch die Gewerkschaften bewirkte Verminderung der Ausbeutung, von der ich bei Behandlung der Arbeitszeitverkürzung sprach, erscheint hier in noch hellerem Licht.

I. Großstädte.

Table with 2 main columns: Durchschnittlicher Wochenverdienst, Prozentuale Steigerung. Sub-columns for years 1893, 1897, 1902, 1906. Lists cities like Königsberg, Berlin, Dresden, etc.

II. Mittlere und kleine Städte.

Table with 2 main columns: Durchschnittlicher Wochenverdienst, Prozentuale Steigerung. Sub-columns for years 1893, 1897, 1902, 1906. Lists cities like Golberg, Anklam, Göttingen, etc.

Ich habe in der beigefügten Städtetabelle eine Reihe große, mittlere und kleine Städte aus allen Teilen des Reiches aufgeführt, um den Lesern auch die Unterschiede in den einzelnen Orten und Gegenden zu zeigen.

\*) „Neue Zeit“, Nr. 41

\*) „Neue Zeit“, Nr. 37.

höhere als der Gesamtdurchschnitt, aber auch in den mittleren und kleineren Orten können unsere Erfolge sich sehen lassen, wie ein Blick auf die letzte Spalte der Tabelle jedem zeigt. Das Jahr 1893 zu 100 angesetzt, stieg bis 1906 der durchschnittliche Wochenverdienst

	bis 120 in 3 Städten		
über 120	" 130	" 24	"
" 130	" 140	" 42	"
" 140	" 150	" 18	"
über 150	" 11	"	"

Nun mag man meinetwegen mit Kautsky diese Verbesserungen als „unfähig langsam“ Fortschritte bezeichnen, darüber können wir uns trösten mit dem Bewußtsein, daß ja die ganze Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von jeher auf unfähig langsam Fortschritten beruht hat. In bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren die Fortschritte in früheren Zeiten sicherlich ganz erheblich geringer als in den letzten zwei Jahrzehnten, seitdem die Arbeiter selbst durch ihre gewerkschaftlichen Einflüsse auf dieselben gewonnen haben. Man stelle doch einmal in Gedanken die Arbeiter jener früheren Zeit in ihrer äußeren Erscheinung, ihrer Kleidung, ihren Bedürfnissen usw. in Vergleich zu der heutigen organisierten Arbeiterschaft, wer dann noch von einer Verschlechterung der Arbeiterlage redet, nun, dem ist nicht zu helfen.

Selbstverständlich können wir noch lange nicht zufrieden sein, sind wir noch lauge nicht am Ziel unserer Wünsche angelangt. Im Gegenteil, aber es sind ja auch erst wenige Jahre vergangen seit der eigentlichen Erstarkung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und nicht der geringste Grund liegt vor, an der Möglichkeit zu zweifeln, die bisherigen Erfolge auch den jetzt noch unorganisierten Arbeitermassen zu verschaffen und weitere Fortschritte für die Gesamtheit zu erringen.

Denn es ist durchaus unrichtig, wenn Kautsky in seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ von den Gewerkschaften behauptet, sie würden von den Unternehmern „alleinhalten in die Defensive gedrängt“. Mander Unternehmer glaubt das allerdings, oder tut doch so. Auch die Leute von der anarcho-sozialistischen „Einigkeit“ behaupten es in ihrem blinden Haß gegen die Zentralverbände. Aber wahr es ist nicht. Nur ganz oberflächliche Beobachter, die an dem früher vielfach in unserer Lohnbewegung üblichen Draufgängertum ihre besondere Freude gehabt haben mögen, können aus der veränderten heutigen Taktik der Gewerkschaften eine solche falsche Meinung gewinnen.

Man sehe sich folgende Lohnhöhlungen an, die der Deutsche Holzarbeiterverband zumeist durch langwierige Verhandlungen zwar, also ohne schweren Kampf, erst in Laufe des Jahres wieder durchzusetzen vermocht hat: Gelsenkirchen 6 Pf. pro Stunde, Dörpe 6 Pf., Dortmund 5 Pf., Lübeck (Stellmacher) 3 Pf., Würzburg 3 Pf., Sagen 6 Pf., Necklinghausen 5 1/2 Pf., Kamen 2-3 Pf., Nürnberg 5 Pf., Schneidemühl 8 Pf., Offen 5 Pf., Bochum 5 Pf., Gladbeck 5 Pf., Bielefeld 4 Pf., Hirschberg i. Schl. 3 Pf., Küstentwale 5 Pf., Kottbus 2-5 Pf., Stade 6 Pf., Erlangen 3 Pf., Karlsruhe 5 Pf. Das ist nur ein Teil der Städte, die in diesem Jahre bisher eine Lohnbewegung geführt haben, und zu den angeführten Lohnhöhlungen kommen in allen Städten noch Arbeitszeitverkürzung und andere Verbesserungen hinzu. Und dies alles trotz der Krisenzeit! Sieht das etwa aus, als wenn wir uns in der „Defensive“ befänden?

Für durchaus ansehbar halte ich für meinen Teil auch den Satz von Kautsky, daß „die Zeiten der Ueberproduktion die Gewerkschaften weit mehr schwächen als die Unternehmerorganisationen“.)

Durch die Erfahrungen in der letzten Krisis wird diese Behauptung nicht gestützt. Wenigstens haben wir im Deutschen Holzarbeiterverband die meines Erachtens wohl begründete Meinung, daß unsere Gewerkschaft durch die Krisis weit weniger geschwächt worden ist als die Organisation der Unternehmer in der Holzindustrie. Ich könnte hierfür eine ganze Reihe von Tatsachen außer den schon angeführten vorbringen, doch würde mich das zu weit führen. Aber einen anderen Punkt möchte ich hier noch berühren.

Ganz unrichtig ist es nämlich auch, wenn Kautsky meint, daß die Organisation der Arbeiter im Gegensatz zu der der Unternehmer immer mehr erschwert wird. Für die Vereinfachung der Organisation der Unternehmer führt Kautsky die Tatsache an, daß die Zahl der Betriebe immer mehr abnimmt, indes die der Arbeiter wächst.

Die Vergrößerung der Betriebe erschwert aber keineswegs die Organisation der Arbeiter, sondern erleichtert sie. Im Kleinhandwerk, wo die Arbeiter einzeln oder in geringer Zahl zusammenarbeiten, sind die Erfolge unserer Agitation, die hier an sich viel schwieriger ist, noch immer geringer gewesen als da, wo die Kollegen nicht in Dutzenden von Werkstätten zerstreut, sondern nur in einigen wenigen Großbetrieben beschäftigt sind. Hier ist auch die Möglichkeit viel größer, die einmal gewonnenen Mitglieder zu halten, weil die Kontrolle und die gegenseitige Aufmunterung leichter gegeben ist. Was also Kautsky als ein Gemühs ansetzt, ist in Wirklichkeit ein Vorteil für die Ausbreitung der Gewerkschaften und damit auch für die Stärkung ihres Einflusses und ihrer Macht.

Zu der Angelegenheit des Herrn Pauli in Potsdam teilt uns unser Gewährsmann mit, daß weitere Verhandlungen, die er eingezogen hat, die von Herrn Pauli in Nr. 45 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gegebene Darstellung bestätigt haben. Herr Pauli hat also kurz nach der vertragsmäßigen Lohnhöhung seine Arbeiter mit Ausnahme von zweien entlassen, um sie wenige Tage später wieder einzustellen. Er hat aber nicht allen, sondern nur einen Arbeiter die vertragsmäßige Lohnhöhung wieder entzogen. Die weitergehenden Behauptungen unseres Gewährsmannes sind also nicht begründet gewesen, weshalb wir sie hierdurch zurücknehmen.

Verschmelzung von Möbelarbeitergewerkschaften in Großbritannien. Ein Komitee, bestehend aus Vertretern

der Amalgamated Union of Cabinetmakers (Tischler), National Amalgamated Furnishing Trades Association (Möbelarbeiter), Amalgamated Union of Upholsterers (Tapezierer) und der Amalgamated Society of French Polishers (Polierer) hat einen Plan zur Verschmelzung dieser vier Gewerkschaften zu einem Verbaude ausgearbeitet, über welchen Mitglieder im Laufe des November abstimmen werden. Wird der Vorschlag angenommen, so lautet dann der Name der neuen Organisation The Amalgamated Union of Wood and Furnishing Trades (Vereinigter Verband der Holz- und Möbelgewerbe). Die Stimmung der Mehrheit der Mitglieder scheint zugunsten der Verschmelzung zu sein, obwohl nicht wenige für die Beibehaltung der Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaften eintreten.

Bei der Aktiengesellschaft für Biersteinindustrie in Striegan scheint sich das Geschäft zu heben. Die Verwaltung erhöht das Aktienkapital um eine Viertelmillion Mark und schlägt die Verteilung von neun Proz. Dividende vor.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in Schweden.

Drei Monate währt nun der Riesenkampf der schwedischen Arbeiterschaft, der für alle Fälle bewundernswert ist ob der Energie und Opferfreudigkeit, mit welcher er geführt wird. Zwar ist durch die Maßnahmen der Streikleitung die Zahl der Kämpfer bedeutend zurückgegangen. Der Kampf konzentriert sich jetzt auf einige große Werke, deren Besitzer die Hauptscharfmacher sind. Es sind das hauptsächlich die Eisen- und Stahlwerke, daneben auch einige Sägewerke und Textilfabriken. Von den Unternehmern war den ausgesperrten Arbeitern als Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit der Austritt aus der Organisation und das Unterschreiben eines persönlichen Kontraktes gestellt worden. Von der Landesorganisation wurde den Arbeitern empfohlen, diese Bedingung zu akzeptieren. Hingugefügt wurde jedoch, daß diese erzwungenen Verträge nicht als bindend anerkannt würden. Die Arbeiter werden sich kein Gewissen daraus machen, sich im gegebenen Augenblick über sie hinwegzusetzen. In der Unternehmerpresse wird nun ein Jammergeschrei angestimmt über die schlimme Moral der Arbeiter. Die Schuld an den Zuständen liegt aber ausschließlich bei den Unternehmern, die sich überdies durch das Verlangen auf Austritt aus der Organisation eines eklatanten Vertragsbruches schuldig machen, da in den Verträgen das Recht auf die Organisation ausdrücklich anerkannt ist.

Die Maßnahmen der Landesorganisation sind diktiert von dem Streben, den Umfang des Kampfes nach Möglichkeit einzuschränken, um dessen Wucht auf die erwähnten Betriebe zu konzentrieren. Die Zahl der Streikenden ist deshalb auch auf 15000 zurückgegangen, wozu aber noch 19000 ausgesperrte kommen, von welchen sich ein Teil weigert, die Zustimmung, aus der Organisation auszutreten, zu akzeptieren, während die anderen wegen der Teilnahme am Generalstreik ausgesperrt sind. Außer diesen 34000 noch im Kampf befindlichen Arbeitern gibt es jedoch noch sehr viele Arbeitslose, denn der große und langwierige Kampf hat der schwedischen Industrie schwere Wunden geschlagen, die so bald nicht vernarbt sein werden.

Hat die schwedische Bourgeoisie die Entbehrungen, welche sich die kämpfenden Arbeiter auferlegt haben, bisher mit Gleichmut angesehen und eifrig gegen die unbotmäßigen Lohnstreiker gehandelt, so beginnt es ihr jetzt zu dämmern, daß der Arbeiterkampf ein ganzes Land in eine polnische Wüste verwandelt. Unter der Arbeiterschaft macht sich nämlich eine umfangreiche Bewegung für eine Massenwanderung nach Kanada und Brasilien bemerklich. Naturngemäß kommen für die Auswanderung vornehmlich die tüchtigsten, in der Vollkraft ihrer Leistungsfähigkeit stehenden Arbeiter in Betracht, deren Abzug für die Volkswirtschaft von den nachhaltigsten Folgen begleitet wäre. Um der Massenwanderung entgegenzuwirken, beginnt man Sammlungen zu veranstalten, durch welche der Nationalverein gegen die Emigration in den Stand gesetzt werden soll, die Auswanderungslustigen in Schweden anzustubeln. Obwohl sich auch Mitglieder der königlichen Familie an dieser Aktion beteiligen, fließen aber die Mittel noch ziemlich spärlich. Dabei ist es merkwürdig, daß man sich erst dieses Anweges bedienen will, statt energischer auf die Scharfmacher einzuwirken. Mit der Aufhebung der Aussperrung und der Anerkennung des Koalitionsrechtes der Arbeiter wäre doch der Auswanderungsbewegung auf die einfachste und natürlichste Weise der Boden entzogen.

Davon wollen jedoch die Hauptscharfmacher noch nichts wissen. Sie gehen jetzt dazu über, die Arbeiter aus den den Werken gehörigen Häusern zu ermittieren. Da in den betreffenden Gebieten alle Arbeiterhäuser im größeren Umkreis Eigentum der Werke sind, müssen die ermittelten Familien im Freien kampieren oder den Ort verlassen. Von der Ermittlung werden nicht nur die Vertrauensmänner der Arbeiter betroffen, die Werke sind raffiniert genug, sich die ältesten Arbeiter auszusuchen, Leute, die 40 und mehr Jahre in ihren Diensten gestanden haben und mit der „Medaille für treue Dienste“ ausgezeichnet wurden. Diese Brutalität hat nun aber doch die öffentliche Meinung aufgerüttelt; sogar bürgerliche Blätter und Politiker schlossen sich dem von den Sozialdemokraten erhobenen Protest gegen diese Barbarei an und die Regierung sah sich genötigt, das Militär, das entsandt war, um bei der Austreibung der Arbeiter aus ihren Wohnungen behilflich zu sein, zurückzuziehen. Ob aber die Werke von der weiteren Ermittlung absehen werden, ist noch ungewiß.

Ende Oktober hat der König von Schweden wieder eingegriffen. Er hat den Direktor des Arbeitgebervereins

v. Sydow und den Vorsitzenden des Landessekretariats der Arbeiter Lindquist zu sich berufen und an sie die dringende Aufforderung gerichtet, zu versuchen, sobald als möglich ein Uebereinkommen in den noch bestehenden Arbeitskonflikten herbeizuführen. Ob diese Mahnung Erfolg haben wird, steht noch dahin. Kurz zuvor hat Herr v. Sydow das Gerücht von bevorstehenden Einigungsverhandlungen noch energisch dementieren lassen. Inzwischen hat aber der staatliche Vermittlungsbeamte die Parteien zu neuen Verhandlungen eingeladen. Was diese für ein Resultat zeitigen, bleibt abzuwarten.

Für alle Fälle ist es erforderlich, daß die Sammlungen für die kämpfenden schwedischen Arbeiter fortgesetzt werden.

Im Malergewerbe haben am 5. November die Tarifverhandlungen auf zentraler Grundlage begonnen. Es handelt sich um die Regelung der Arbeitsbedingungen in 232 Städten. An den Verhandlungen nahmen Vertreter des Arbeitgeberverbandes, des Malerverbandes und der Kirch- und Dunderschen und der christlichen Organisation teil. Die Leitung der Verhandlungen, die in Berlin geführt werden, liegt in den Händen des Vorsitzenden des Berliner Magistratsratsrat v. Schulz, welchem zwei weitere Unparteiische zur Seite stehen. Wegen dieser Unparteiischen hat es im letzten Augenblick noch eine Differenz gegeben. Bei den Verhandlungen im vorigen Jahre hatten neben Herrn v. Schulz noch die Herren Gewerberat Dr. Preuner-München und Beigeordneter Dr. Wiedfeldt-Essen fungiert, und das gleiche Kollegium hätte die Verhandlungen auch diesmal leiten sollen. Herrn Dr. Wiedfeldt, der inzwischen als Regierungsrat in das Ministerium des Innern berufen worden ist, wurde jedoch der erforderliche Urlaub nicht erteilt. Deshalb hat der Arbeitgeberverband den Hamburger Gewerberichter Bonjen als dritten Unparteiischen geladen. Hiergegen protestierten jedoch die Arbeitervertreter, da sie nach früheren Vorgängen diesem Herrn kein rechtes Vertrauen entgegenbringen. Infolge dieses Protestes ist nun neben Dr. v. Schulz und Preuner Herr Beigeordneter v. Nath aus Essen als dritter Schiedsrichter berufen worden. Für die Verhandlungen ist eine Dauer von 14 Tagen in Aussicht genommen.

Soziale Rechtspflege.

Blutvergiftung als Betriebsunfall.

Welche Folgen an sich geringfügige Verletzungen haben können, zeigt uns folgender Fall: Der Küfer G. war bei einer Frankfurter Weinfirma beschäftigt und verletzte sich eines Tages beim Faschnachen am Finger. Diese Verletzung wurde nicht weiter beachtet und der Mann arbeitete ruhig weiter. Einige Tage später war der Verletzte wieder mit Faschabladen beschäftigt, wobei die alte Verletzung aufgerissen wurde. Ein Nebenkollege hat dann die blutende Wunde so gut wie es ging verbunden, und wieder ging es flott an die Arbeit. Der verletzte Finger entzündete sich jedoch bald sehr stark, heftige Schmerzen traten auch im Arme auf, so daß doch endlich ein Arzt konsultiert werden mußte. Der Arzt konstatierte eine starke Blutvergiftung und ordnete sofortige Krankenhauspflege an. Im Krankenhaus angekommen, verschlimmerte sich der Zustand des Verletzten am gleichen Abend noch derartig, daß in der folgenden Nacht schon der Tod eintrat. Am Sarge trauerte eine Witwe mit 3 unmündigen Kindern, die sich die Ursache des frühen und jähen Todes ihres Ehemannes nicht erklären konnte und längere Zeit später die Hilfe des Arbeitersekretariats anrief, damit ihr die Invalidenbeiträge ihres verstorbenen Ehemannes erstattet würden. Hier wurde ihr nach Schilderung des Sachverhalts erst der Bescheid, daß jedenfalls ein Betriebsunfall vorliege und der Versuch unternommen werden müßte, Unfallrente zu erhalten.

Die Berufsgenossenschaft wollte jedoch von der Entschädigung des Falles nichts wissen, da „ein Unfall weder erwiesen noch wahrscheinlich sei“. Mutlos wollte die arme Witwe wieder die Weiterverfolgung ihrer Ansprüche fallen lassen und mußte ihr förmlich die Berufung aufgedrängt werden. Es wurden dann die Unfallzeugen erst ermittelt, welche schriftlich bestätigten, daß sich der Verstorbene bei der Arbeit verletzt hatte. Beide Zeugen gaben zu, daß die Faschreifen rostig waren und die Wunde nicht sauber gehalten, jedenfalls die Blutvergiftung so entstanden sei. Auch der zuerst behandelnde Arzt schrieb dem Arbeitersekretariat, daß eine „Phlegmone“-Blutvergiftung nach Fingerverletzung vorliege, „durch die Wunde ist dann die Entzündung und Eiterung entstanden“.

Das Schiedsgericht nahm diese Beweisstücke entgegen und gab sie der Berufsgenossenschaft zur Kenntniserweiterung weiter. Nun erst bequente sich diese dazu, den Unfall als Betriebsunfall anzuerkennen und der Witwe und Kinder pro Monat 77,70 Mk. Rente zu gewähren.

Dieser Fall zeigt, wie vorsichtig auch unsere Kollegen, die täglich derartigen Verletzungen ausgesetzt sind, sein sollten. Auch die Frau muß aufgeklärt werden, denn im vorliegenden Falle hätte die Unwissenheit der Witwe leicht zum Verlust der Rente geführt, die sie jetzt so nötig brauchen kann und die die Zukunft ihrer Kinder einigermaßen sichert.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. 3 in Hamburg).

Einnahmen im Oktober:

Ueberlässe sandten ein: München II 700, Weissensee 600, Hannover 500, Augsburg, Berlin D, Bitterfeld, Breslau, Emmendingen, Mannheim, Niddorf je 400, Garburg,

\*) „Neue Zeit“, Nr. 37.

Wilsdruff je 350, Hörde 330,80, Brandenburg, Darmstadt, Dietrichheim, Düsseldorf, Duisburg, Erlangen, Mundenheim, Mathenow, Würzburg I, Würzburg II je 300, Potsdam, Reichenbach je 250, Rath-Heumar 236,85, Adlershof, Amsbach, Bruchsal, Ebingen, Eilenburg, Gießhübel, Göttingen, Gonsenheim, Grünwettersbach, Halberstadt, Hohenheim, Höchst, Johannegeorgenstadt, Kirchheim, Königsberg, Lagerdorf, Liegnitz, Marbach, Mandersacker, Mastatt, Neisa, Salzmünster, Schlenkingen, Schw.-Gmünd, Spandau, Steglitz, Stuttgart, Vallendar, Wandsbek je 200, Gebelsberg 190, Alzenau, Bayreuth, Bombach, Bonames, Borsdorf, Brühl, Comenewitz, Cröllwitz, Detmold, Ebersbach, Heilbrunn, Hermuthheim, Johannsberg, Knauthain, Lodenburg, Loschwitz, Lützenau, Magdeburg, Mariendorf, Mückern, Nombach, Nordhausen, Odessee, Oeyndorf, Plauen i. V., Pörschappel, Reichel, Rietheim, Rosenheim, Scheiditz, Schönefeld, Schwelm, Schwenningen, Staruberg, Verden, Weimar, Wijnen je 150, Willingen 130, Lübeck 120, Neue, Radnau, Rensheim, Bergshofen, Brunsbüttelkoog, Dübendorf, Düdingen, Camborg, Camstatt, Cöthen, Dresden-N., Eisleben, Emmerich, Eplingen, Feuerbach, Flensburg, Friedenau, Gießen, Gadesheim, Heidelberg, Heiligenzell, Helmstedt, Kemmer, Kemmerhof, Korfmann, Langendiebach, Memmingen, Mühlheim a. M., Muggensturm, Neustrelitz, Niesky, Ohrsdruf, Pinnenberg, Pöschel, Ravensburg, Rawitzsch, Regensburg, Reinickendorf, Rod, Rödgersheim, Schöneberg,

Schwarz, Seelbach, Soden, Striegau, Tauberbischofsheim, Urad, Wabershausen, Wangen, Wilhelmshagen, Wintersdorf, Witten, Wittenberg, Zierdorf je 100, Prikwalt 92,35, Hainhausen 90, Dellbrück, Zellbach, Ziemehna, Ziehusstein, Zrais, Zehnhausen, Zehren je 70, Arnstadt, Freiberg, Oberkirch, Teuchern je 60, Unterböbingen 59,90, Malen 52,05, Niesherleben, Bernburg, Freiburg i. Schl., Eberswalde, Grosserwitz, Kellheim, Kaltensordheim, Lamsbach, Mühlhausen, München-Glabach, Ohlau je 50, Nibelbach 40, Paserwall 30 Mk.

Summe der Ueberschüsse . . . 28 616,95 Mk.  
 Beiträge von Einzelmitgliedern . . . 2 908,20 "  
 Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern . . . 14,80 "  
 Zinsen von Kapitalien . . . 5 409,— "  
 Sonstige Einnahmen . . . 460,83 "  
**Gesamteinnahme 37 409,78 Mk.**

Zuschuß erhielten: Oberfeld 400, Mühlberg, Schwelken- gen je 300, Deuben, Gelsenkirchen je 250, Bergen, Effen, Krankenthal, Gaisburg, Jehenhausen, Neckarau, Neuhofen, Paunsdorf, Neulingen, Speyer je 200, Homburg, Oggersheim, Oshag, Wehlheiden, Wehringhausen, Wiesbaden je 150, Braunschweig, Burgstädt, Garbach, Harleshausen, Her- dede, Höhr, Ibersgehofen, Kniehingen, Kostheim, Obergab, Dranienburg, Pflaumheim, Pfungstadt, Rheingönheim,

Moda, Mohradler, Scharnhausen, Seckenheim, Siegburg, Sudenburg je 100, Kempten 80, Calbitz 54, Apolda, Buch- heim, Straßburg je 50, Wolmirstadt 40 Mk.

Summe der Zuschüsse . . . 6 724,— Mk.  
 Krankengeld an Einzelmitglieder . . . 2 856,40 "  
 Sterbegeld . . . 72,— "  
 Sonstige Ausgaben . . . 4 126,26 "  
**Gesamtausgabe 13 778,66 Mk.**

Gesamteinnahme . . . 37 409,78 Mk.  
 Gesamtausgabe . . . 13 778,66 "  
**Zunahme des Vermögens 23 625,12 Mk.**

N. G u d , Hauptkassierer.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechler und deren Berufsgenossen**  
 (E. S. 86, Hamburg.)

Im Oktober sandten Ueberschüsse ein: Bergedorf 400 Mark, Siegburg 300 Mk., Rürth 200 Mk., Wetzlar 200 Mark, Braunschweig 200 Mk., Warrnen 150 Mk., Troisdorf 150 Mk., Hamburg III 100 Mk., Schweidnitz 100 Mk., Harburg 75 Mk., Freiburg 30 Mk., Summa 1905 Mk. Zuschuß erhielt: Offenbach 90 Mk. J u l. M a y m a n n , Hamburg 19.

**Berufsmüllungs-Anzeiger.**  
 Waldheim. Sonnabend, den 20. Nov., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweizerhof“ eine Ber u f s m ü l l u n g statt.

**Anzeigen.**

**Großhartmannsdorf, Sachsen.** Das Verkehrs- lokal befindet sich bei Richard Kurt Zentel.

**Ulfers.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahl- stelle für Tischler, Drechler, Maschinenarbeiter, Stell- macher, Büchsenmacher und Korbmacher befindet sich K r e d i t s t r a ß e 3. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umgehungen ist streng verboten. Die Reiseunterstützung wird nur im Nach- weisbüro ausbezahlt.

**Köln.** Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Beguinenberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unteren Nachweis zu benutzen. Um- gehungen streng verboten.

**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechler und Wagner befindet sich bei Kollege Eilmer, Hermannstraße 22, vorn part. Umgehungen ist strengstens verboten. Die Reiseunter- stützung wird im Gewerkschaftshaus, Weißkirchstraße 41, ausbezahlt. An Wochenenden abends 7—8 Uhr, an Sam- und Feiertagen mittags von 12—1 Uhr.

**Louis Wilhelm,** Tischler, geb. 7. 9. 1869 zu Char- lottenburg, Buchn. 203 282, wird wegen Vertügeren in Singen gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen die Adresse mit- teilen an Arnold Schmid, Singen, Amt Konstantz, Eberdorferstr. 9.

**Adolf Schaller,** Tischler, wird gesucht. Kollegen, die über ihn Auskunft geben können, werden dringend um baldige Mitteilung ge- beten. Wilh. Brandt, Gabelsteigen, Burgstr. 15b.

**Willi Brumm,** Tischler, geb. 21. 1. 87. Buch- nummer 300764 und  
**Willi Matthei,** Tischler, geb. 15. 11. 87. Buch- nummer 326606, werden er- sucht, ihren Verpfichtungen nachzukommen. Wer deren Aufenthalt kennt, wird gebeten, Mitteilung zu geben an D. Schmidt, Nürnberg, Breitegasse 25.

**Emil Strayle,** Tischler, Buchnummer 171581 und  
**Albert Strunck,** werden aufgefordert, ihren Verpfichtungen in der Zahlstelle Siegen schleunigst nachzukommen.

**Mehrere tüchtige Tischler**  
 auf Buffets gesucht. **Sto. 2 Nr. 2, Wandstr. in der Markt.**

**2 tüchtige Buffettmacher** (Spezialisten) verlangt sofort **Otto Mittelstädt, Groß- Schönebeck** in der Markt.

**3 bis 4 tüchtige Bautischler**  
 (nicht unter 25 Jahren alt) für ganze Winter- beschäftigung gesucht.  
**K. Köhn, mech. Tischlerei, Salzweidel, Fernsprecher 512.**

**2 tüchtige Stuhlmacher** finden dauernde Beschäftigung auf bessere Arbeit. **Peter. Kuhn, Stuhlfabrik, Berg, Rheinpfalz.**

**2 perfekte Stuhlbauer**  
 sofort gesucht. Dauernde Stellung.  
**Pattburger Drechlerwaren-Fabrik Verthold Schröder Pattburg bei Hensburg.**

**Geübte**  
 Hartgummi-Drechler für Füllfeder- halter-Reparaturen sofort gesucht.  
**Heidelberger Federhalter-Fabrik Koch, Weber & Co., Heidelberg.**

**Tüchtige Kammbieger** und perfekte **Kammschneider** auf feine Schildpatt- und Jelluloidware bei gutem Lohn in dauernde Stellung per sofort gesucht. Gesl. Offerten mit Angabe des Alters, wo bisher gearbeitet und ob verheiratet, erbeten an **Schlager & West, Darmstadt.**

**Mehrere Orndrechler** sofort für dauernd gesucht. **Zick & Deninger, Bohnwinkel, Rheinland.**

**Die Zahlstelle Stuttgart** (8000 Mitglieder) sucht zum Antritt spätestens 1. Januar 1910 einen ersten Bevollmächtigten. Anfangsgehalt 2000 Mk. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sein. Dem Bewerbungsschreiber ist neben einem kurzen Lebenslauf ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizulegen. Bewerbungen sind spätestens bis 27. November an **G. Eßig, Stuttgart, Schreiberstr. 2, einzureichen.**

**Der neue Almanach** für das Jahr 1910  
 Tatenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes

**Der neue Almanach** kommt in kurzer Zeit zum Versand. Aus dem ganz neuen Inhalt heben wir hervor:

Neujahrs-Morgenlied. Ernst Dein- hardt zum Gedächtnis. Ein Grabmal für Karl Kloß. Jahres-Rückblick. Der große Umzug nach Berlin. Korbmacher-Lohnsatz von 1880. Ein Tischlerstreik im Jahre 1795. Leit- faden für Verbandsmitglieder. Weg mit dem Schnaps! Gute Ratschläge für Kechner. Arbeitszeit und Löhne usw. usw.

Die aus den früheren Jahr- gängen bekannten vielen statisti- schen Notizen sind auf den neuesten Stand gebracht, das Lexikon des gewerblichen Rechts ist erweitert worden. Wir ersuchen die Kollegen, welche sich ihr Exemplar sichern wollen, die Be- stellung bei der Lokalverwaltung nicht zu versäumen. Der Preis ist wie früher 50 Pfennig für Verbandsmitglieder.

**Der Verbandsvorstand.**

**Fluss, Korbmacher,** kann bei mir in Arbeit treten, er möchte sich bei mir melden. Die Kollegen wollen ihn darauf aufmerksam machen. **D. Dießloch, Korbmachermeister, Gleißer i. Neumarf.**

Suche zum 15. November einen tüchtigen **Korbmacher** auf dauernd ständige Matt- arbeit. **Otto Herrmann, Neu-Dobra bei Liebenwerda.**

**Ein Vergoldergehilfe**  
 für sofort gesucht.  
**G. Tiermann, Hannover, Daringstr. 16.**

**Gut erhaltener Leimkochapparat**  
 für Dampfanzschlag mit 3 kupfernen Leim- kesseln preiswert zu verkaufen. Näh. unter **U. Z. 179** durch die Exped. d. Holzarb.-Ztg.

**Möbellager mit neuem Hans**  
 billig mit kleiner Anzahlung zu verkaufen. Für tüchtigen Tischler, der mit 2—3 Gehilfen arbeitet, sehr zu empfehlen. Nötiges Kapital 9—10000 Mk. Wohnort von Baden-Waden. Offerten an Möbelagentur **A. Widenwald, Friedberg, Hessen.**

**Gutgehende Bau- und Möbeltischlerei**  
 zu verkauf. Preis 700 Mk. bei geringer An- zahlung. **H. Dackhaus, Schmergow b. Gr. Kreuz.**

**Mechanische Schreineret** mit allen Ma- schinen der Holzbranche, elektr. Mot. in einem groß. Orte am Rhein, weg. andern. Unter- nehmen zu verkaufen. Offert. erb. unter **R. M. 177** an die Exped. der Holzarb.-Ztg.

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule**  
 Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchgasse 14. Dir. Carl Malbaum.

**Almanach 1910**  
 für das Jahr 1910  
 Tatenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes

**Der neue Almanach** kommt in kurzer Zeit zum Versand. Aus dem ganz neuen Inhalt heben wir hervor:

Neujahrs-Morgenlied. Ernst Dein- hardt zum Gedächtnis. Ein Grabmal für Karl Kloß. Jahres-Rückblick. Der große Umzug nach Berlin. Korbmacher-Lohnsatz von 1880. Ein Tischlerstreik im Jahre 1795. Leit- faden für Verbandsmitglieder. Weg mit dem Schnaps! Gute Ratschläge für Kechner. Arbeitszeit und Löhne usw. usw.

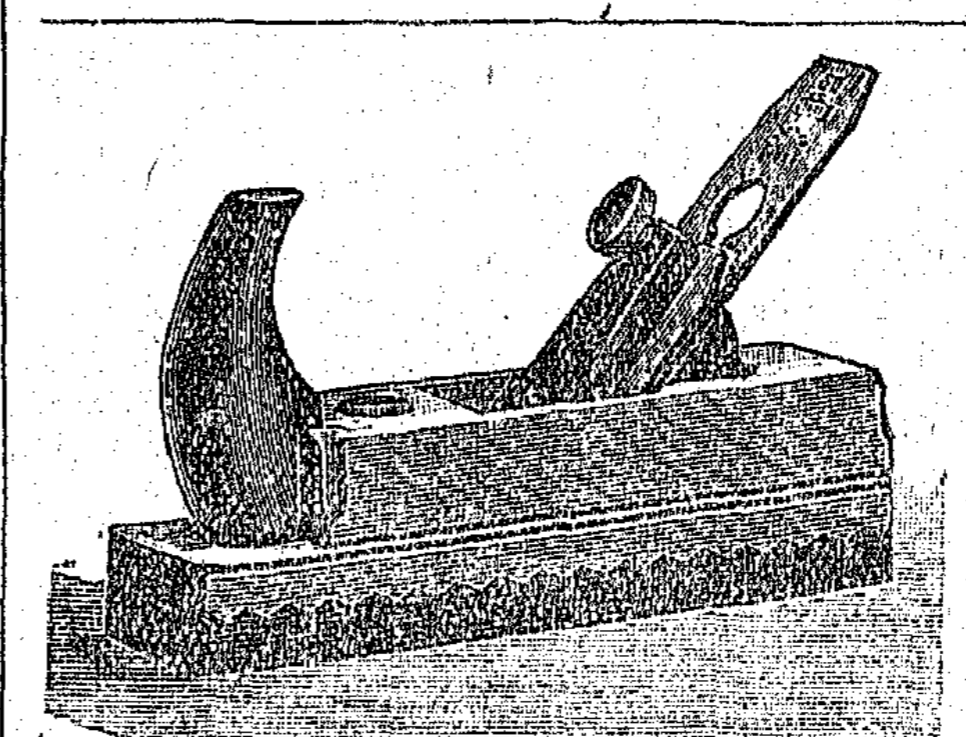
Die aus den früheren Jahr- gängen bekannten vielen statisti- schen Notizen sind auf den neuesten Stand gebracht, das Lexikon des gewerblichen Rechts ist erweitert worden. Wir ersuchen die Kollegen, welche sich ihr Exemplar sichern wollen, die Be- stellung bei der Lokalverwaltung nicht zu versäumen. Der Preis ist wie früher 50 Pfennig für Verbandsmitglieder.

**Der Verbandsvorstand.**

**Schreiner- Werkzeuge:** Putzhobel, feine Rückensäge, amer. Schraubenzieher sowie viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko. **HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.**

**Patentanwalt A. Kuhn Dipl. Ing. BERLIN SW 6**

**Hören Sie?**  
 Sofort bitte mit Ihre fest ganz neu erfindene Preisliste mit vielen neuen Patenten, ameri- kanischer Tischlereiwerkzeuge gratis und franko zu senden.  
**Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstr. 31.** Spezialgeschäft amerit. und englischer Werkzeuge, Abziehleine usw.



**Reform-Putzhobel „Matador“**  
 gefestigt geföhnt, übertrifft unstreitbar alle bisher existierenden Putzhobel. Verlangen Sie unsere reichhaltigen Katalog über die neue g a n z r a t f r e i e.

**Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23**

**zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Polier-Verfahren

Nach meinem durchgeführten Verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:

**:: eine sofortige Porenfüllung ::**

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,** erzielt **::: durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelanschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.**

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist **patentrechtlich strafbar**, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

**Ich versende zum Versuch ein Körbchen** enthaltend:

- 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
- 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
- 1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren
- 1 „ allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
- 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
- 1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich
- 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn!“
- 1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
- 1 „ Binstein-Polierpulver, hellnussbraun
- 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
- 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

**Mein Lehrbuch** über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie. **eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.** Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenacek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

**Werkstattplauderei.** Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werk- statt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

erlag von Theodor Weiser in Berlin. Druck: Borchardt Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68

**Tischlerei-Verkauf.**  
 Beabsichtige meine gutgehende Tischlerei mit sämtlichen neuen Maschinen und neuen Ge- bänden, für den billigen Preis von 35000 Mk., bei einer Anzahlung von 8—10000 Mk., zu verkaufen. Offerten unter **P. J. 178** an die Expedition dieses Blattes.

**B. Köstcher's Fachschule für Tischler**  
 und für gewerbliches Zeichnen  
 Exter-Strade zu Detmold Ecke Grabenstr.  
 3- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abend- unterricht. In 3 Monaten Ausbildung zum Werk- tüchtigen und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buch- halter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Aufnahmeprüfungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. **B. Köstcher.**

**Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel**  
 liefert seit 30 Jahren **Jean Holze & Co.** Hamburg, Rosenfelderhof 70.

**Tischler-Fachschule Detmold**  
 gegründet 1893. Stadt Schul- gebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner. Große Hör- und Zeichen-Säle. :: Werkstätten. :: Programme frei. :: **DIREKTOR BRECHT.**

**Tischler-Fachschule Blankenburg**  
 am Harz. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Aus- bildung als **Werkführer, Zeichner** und **Zeichner**, anschließend staatliche Prüfungen. **Kostenlose Stellen- besuchung.** Programme frei. **Direktor Meinelting.**